



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 6

Juni 1973

AIB-Aktuell

S. 2

Naher Osten

Internationale Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im
Nahen Osten

S. 3–5

AIB-Interview mit Yoram Gozansky

S. 6–9

Libanon

Wolfram Brönner:

Zu den Ereignissen im Libanon

S. 9–11

DRV

Jutta v. Freyberg:

Aufbau in der DRV

S. 11–12

RSV

6-Punkte-Programm der PRR

S. 13–14

Afrika

Albert Tshume:

Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg in Afrika

S. 15–19

Chile

Salvador Allende:

Rede vor den Vereinten Nationen

S. 19–23

Kurzinformation

S. 23–24

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtlich verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

AIB-Aktuell

In einem offenen Brief an Massenmedien, an Regierungen (darunter die Bundesregierung) und Institutionen wandte sich am 20.5.1973 die bundesrepublikanische Propagandaagentur des illegalen rhodesischen Smith-Regimes gegen den "Rufmord an der rhodesischen Regierung". Die Ausführungen der "Deutsch-Rhodesischen Gesellschaft e.V." sprechen für sich:

"Wir protestieren gegen den Antrag der Regierung von Guinea, der Regierung des Sudan, sowie der Regierung von Kenia - gegenüber der UNO - Rhodesien weiterhin zu boykottieren!

Wir protestieren auf's Schärfste

1. diese selbständige Republik Rhodesien mit allen Mitteln stürzen zu wollen: durch finanzielle und materielle Hilfe mit Waffen zur Unterstützung von Terroristengruppen, die in dieses friedliche Land einfallen und Afrikaner wie Weiße ziellos ermorden. (...) WIR UNTERSTÜTZEN JEDEN MORALISCH, der trotz bestehender Sanktionen Handel mit Rhodesien betreibt, direkt oder über andere Länder.

BEGRÜNDUNG:

1. Die Republik Rhodesien ist ein fortschrittliches Land, dessen Leistungen auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, im Gesundheits-, Erziehungs- und Wohnungswesen, in Industrie und Handel, sowie bei der Erhaltung wirtschaftlicher und politischer Stabilität beispielhaft sind.

2. Systematische Angriffe gegen die Republik Rhodesien könnten diesen blühenden Teil des Kontinent zum Schaden aller Bevölkerungsschichten in Unordnung und Armut stürzen, wenn die ordnenden Kräfte nicht unterstützt werden.

3. Rhodesien wird als zuverlässiger Partner und wichtiger Industriestaat den westlichen Demokratien nur erhalten bleiben, wenn eine wirtschaftlich und politisch gesicherte Bevölkerung ungestört arbeiten kann!"

Die Infamie dieser Lügen wird nur noch von der Dreistigkeit übertroffen, mit der sie vorgebracht werden. Angesichts der weltweiten Verurteilung des weißen Minderheitsregimes, angesichts der gegen Rhodesien verhängten Embargos und angesichts des offenkundigen Wunsches der unterdrückten rhodesischen Bevölkerung nach Freiheit und Selbstbestimmung sollte

man meinen, daß keine ernstzunehmende Regierung solcher Propaganda Gehör schenkt oder sie gar verteidigt.

Die jüngsten Äußerungen des ehemaligen Bundesfinanzministers und SPD-Spitzenpolitikers Möller erlauben den Schluß, daß die westdeutsche Regierung bestrebt ist, vor aller Welt das Gegenteil zu beweisen.

Möller, der für die Bundesregierung das Verhältnis der BRD zur RSA - im Hinblick auf die angestrebte UN-Mitgliedschaft - abklärte, ließ Vorster wissen, daß die Bundesregierung "sich gegen alle revolutionären Stimmungen (in Südafrika) wenden werde", unterstrich die "positive Einstellung der Bundesregierung zu den in der Republik Südafrika tätigen deutschen Firmen" und konnte Südafrika "mit einem positiven Eindruck" verlassen. (FAZ, 4.6.1973)

Geradezu unglaublich mutet es an, daß Möller mit den Aussagen einiger (von der südafrikanischen Obrigkeit abhängiger) "Häuptlinge" zu beweisen versucht, daß zwischen der Bevölkerung und dem Apartheidregime Eintracht und Harmonie herrsche - Streiks, Unruhen, Unterdrückung und Terror dagegen die böswillige Erfindung des Auslands seien.

Solche Verlautbarungen sind eine offene Provokation. Gleichzeitig bedeuten sie eine demonstrative Absage an solche realistischen Schritte, wie sie die niederländische Regierung mit der Ankündigung direkter Unterstützung der Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika und verschärfter Kontrolle bei der Einhaltung der Embargos gegen Südafrika und Rhodesien eingeleitet hat. Die Äußerungen Möllers sollen offenbar das vorbereiten, was Wischniewski als "direkte Konfrontation der Bundesrepublik mit den Ländern der dritten Welt bei den Vereinten Nationen" (FR, 26.5.1973) ankündigte.

Adressenänderung

bitte rechtzeitig

bekanntgeben

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:

B.Braun, D.Bottenberg, G.Brönner, W.Brönner, G.Görgen, B.Hebel-Kunze, W.Herrmann, O.Jäckel, E.Jettka, K.Kiehne, V.Mangold, K.Metze, G.Meyer, W.v.Mutius, J.Ostrowsky, H.Peters, M.Schweiker.

NAHER OSTEN

Internationale Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten

Unter dem Vorsitz des Generalsekretärs des Weltfriedensrates Romesh Chandra (Indien) trafen sich auf der Nahost-Konferenz in Bologna Delegationen aus 33 Ländern Asiens, Afrikas, Amerikas und Europas - sowie Repräsentanten internationaler Dachorganisationen, des Präsidiums des Weltfriedensrates, des Weltgewerkschaftsbundes, des Weltbundes der demokratischen Jugend (WBDJ), des Internationalen Studentenbundes (ISB), der Organisation der Solidarität mit den Völkern Afrikas und Asien und der Arabischen Liga.

Der westdeutschen Delegation gehörte neben dem VDS-Vorstandsmitglied P. Wahl und dem Sekretär des "Antiimperialistischen Solidaritätskomitees für Asien, Afrika und Lateinamerika" P. Dietzel auch der Vertreter des AIB, W. Brönnner an.

Hier der Bericht über die politische Diskussion und die wichtigsten Ergebnisse dieser internationalen Konferenz:

Die über 200 Teilnehmer der Bologna-Konferenz - mehrheitlich aus Vertretern nationaler Friedenskomitees, Parteien und Widerstandsorganisationen zusammengesetzt - stellten sich ausnahmslos auf die politische Plattform des 1972 gegründeten Internationalen Organisationskomitees (Zusammensetzung des OK: Vertreter Italiens, Frankreichs, Großbritanniens und der UdSSR). Der politische Charakter und die konkreten Ziele der Nahost-Konferenz in Bologna wurden in dieser Plattform vom 25.10.1972 folgendermaßen umrissen:

"Im Kontext der gegenwärtigen internationalen Situation, die es uns erlaubt, mit größerer Zuversicht einem Abbau der Spannungen und einer Festigung des Weltfriedens entgegenzusehen, erscheint die anhaltende Schärfe der Nahostkrise dramatischer denn je zuvor. Die Einberufung der Internationalen Konferenz "Für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten" ist deshalb so notwendig und dringend, um den Kampf der Völker erfolgreicher zu gestalten und alle Regierungen zu verpflichten, eine Lösung des gegenwärtigen Konflikts zu erreichen. Das Internationale Komitee hebt nochmals den offenen Charakter der Konferenz hervor, die alle Kräfte und Persönlichkeiten zusammenbringen wird, welche die politische Plattform akzeptieren, die als Grundlage für die Einberufung der Konferenz des Weltfriedensrates vom April 1971 angenommen und im März 1972 bestätigt worden ist. Diese Plattform verlangt insbesondere "den Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Territorium, das sie seit dem Krieg von 1967 besetzt haben; die volle Verwirklichung aller Bestimmungen der UN-Sicherheitsrats Resolution vom 22. November 1967 und der Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 4. November 1970 als einen ersten Schritt für die Sicherheit und Unabhängigkeit aller Staaten und Völker dieser Region; die volle Erfüllung der berechtigten Forderungen des Palästinensischen Volkes; Garantien für eine dauernde Ansiedlung, um das Wohlergehen und die Existenz aller zu sichern."

Neben den zahlreichen Vertretern der arabischen Länder, Ägyptens, Syriens, des Irak, Jordaniens u.a. (allein die Vertreter der PLO wie der libanesischen Fortschrittskräfte mußten wegen der Schließung der libanesischen Grenze absagen) war eine große Delegation der israelischen 'Linken', von der KP Israel, der SIACH bis hin zum Knesseth-Abgeordneten Uri Avneri anwesend. Es ist außerordentlich be-

deutsam, daß hier israelische und arabische Friedenskräfte zum erstenmal seit dem Juni-krieg 1967 zum gemeinsamen Gespräch sowie zu gemeinsamen Grundpositionen über den Nahostkonflikt fanden.

Das Beispiel Vietnam

Die Bedeutung des historischen Sieges des vietnamesischen Volkes für den weltweiten Kampf gegen den US-Imperialismus - die Bedeutung der internationalen Solidarität für den Kampf gegen die Versuche der zionistischen und arabischen Reaktion, den palästinensischen Widerstand zu liquidieren, wurde insbesondere in den Eröffnungsreden hervorgehoben. In diesem Zusammenhang erklärte das sowjetische Präsidiumsmitglied des Weltfriedensrates, V. Koudriatzev:

"Die Aggressionspolitik und Annexionsziele der israelischen Regierung wie deren Unterstützung durch die imperialistischen Mächte, voran die USA, sind dafür verantwortlich, daß der Nahe Osten zum Brandherd Nummer 1 in der Welt geworden ist. Die israelischen Führer reden unterdessen vom Frieden, doch nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als das. Denn mit der Okkupation fremden Territoriums setzen sie den arabischen Völkern in Wahrheit die Pistole auf die Brust. Daher ist für eine Lösung des Nahostproblems die vollständige Räumung der arabischen Gebiete auf der Grundlage der UNO-Regelung die unabdingbare Voraussetzung. Der Widerstandskampf des arabischen Volkes von Palästina aber ist Teil der nationalen Befreiungsbewegung. Und: dieser Kampf der Palästinenser ist ein gerechter Kampf. Die Verzweiflungstaten des 'Schwarzen September' sind weder gleichzusetzen mit dem Kampf der nationalen arabischen Befreiungsbewegung, noch mit den offiziellen israelischen Terrorkommandos gegen die arabischen Nachbarstaaten. Vielmehr sind diese isolierten Aktionen des 'Schwarzen September' lediglich logischer Ausdruck der israelischen Politik des systematischen staatlichen Terrors. Nicht die arabische Regierungspolitik ist gegen Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten gerichtet."

Tran van So, Regierungsvertreter der DRV:

"Die vietnamesische Regierung, das vietnamesische Volk und die Weltmeinung verurteilen aufs entschiedenste Israels Politik der Aggression und Expansion. Auf der Grundlage der UNO-Resolution und der politischen Plattform dieser Konferenz gilt es:
- die Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen,

- Israels Kriegspolitik Einhalt zu gebieten,
- die Existenzberechtigung aller Völker in dieser Region zu respektieren."

Der Generalsekretär des Weltfriedensrates unterstrich, daß gerade angesichts der fortgesetzten "Versuche zur Liquidation des palästinensischen Volkes seitens der israelischen und arabischen Reaktion" der Solidaritätskampf mit den Palästinensern "für seine unveräußerlichen, legitimen Rechte" heute von entscheidendem Stellenwert sei. Die "von Israel forcierten Aggressionsakte und Attacken - mit aktiver Unterstützung des US-Imperialismus wie des CIA - müssen gestoppt, die große Gefahr eines erneuten Kriegsabenteuers muß gebannt werden."

Die Möglichkeiten dafür seien gewachsen, denn:

"Die arabische nationale Befreiungsbewegung ist weiter erstarkt. Auch in Israel selbst sind die Friedenskämpfe - trotz erschwelter Kampfbedingungen - im Wachsen begriffen. Die weltweite Isolation Israels schreitet weiter voran. Gerade die machtvollsten Fortschrittskräfte, mit der UdSSR an der Spitze, die den Friedensschluß für Vietnam mit erkämpften, kämpfen heute ebenso entschlossen für die Sicherung des Friedens im Nahen Osten. Dazu ist es allerdings erforderlich, die wirklichen Ursachen und Wurzeln des Nahostkonflikts noch mehr Menschen aufzuzeigen. Die Kernfrage bei der Erzwingung eines solchen Friedensschlusses ist es, eine möglichst breite politische Plattform zu entwickeln und - entsprechend dem 'Geist' dieser Konferenz - die Völker aller Welt zusammenzuschließen. Wir müssen die Regierungen auf diesem Wege dazu zwingen, die UNO-Resolution zu unterstützen und deren Verwirklichung durchzusetzen."

Debatte um politische Plattform - Friedenskampf in Israel

In der Diskussion der politischen Kommission der Konferenz in Bologna spielte die Einschätzung der UNO-Resolution Nr. 242 des UN-Sicherheitsrates von 1967 eine zentrale Rolle. Insbesondere die Vertreter der kommunistischen Parteien der arabischen Länder und der sozialistischen Staaten stellten klar, daß diese UN-Entscheidung Kompromiß- bzw. Minimalcharakter trage, da sie "keine ausdrückliche Garantie für die Rechte des palästinensischen Volkes" (Khaled Mohei El Din, Ägypten) beinhalte. Umso notwendiger sei es, im Kampf um die Durchsetzung der UN-Regelung die volle Anerkennung und "Respektierung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes" (Sharif, KP Irak) in den Vordergrund zu rücken, und gleichzeitig unmißverständlich daran festzuhalten, daß "die arabischen Völker das unveräußerliche, volle Recht haben, für die Befreiung ihres okkupierten Landes zu kämpfen" (Gerendys, VR Polen).

Demgegenüber legten die israelischen Vertreter - mit Ausnahme der KP Israel - den Hauptakzent auf die Anerkennung der Existenzberechtigung des israelischen Volkes und Staates: "Wir wol-

len Freiheit für das palästinensische Volk, nicht unsere Vernichtung" (Burstein, Siach); "Kernproblem ist die Anerkennung der nationalen Rechte Israels durch die Araber" (Yalin Mor, sozialdemokratische Partei MAI). Obgleich jene israelischen Vertreter die Legitimität des palästinensischen (bewaffneten) Widerstandes nicht befürworteten, unterstrichen sie: "Israel muß die okkupierten Gebiete räumen, wir sind für die Friedensregelung."



Der von mehreren - vor allem arabischen - Diskussionsrednern verbreiteten These, die Fortschrittskräfte in Israel seien verschwindend gering, der Friedenskampf in Israel daher ohne jede Bedeutung, trat Ali Hakkach Fahmi, Vertreter des WBDJ, entgegen:

"Das Anwachsen des Kampfes der progressiven Kräfte in Israel selbst ist heute eine ernstzunehmende Realität geworden. Bemerkenswert sind ebenso die Ziele der Bewegung: für mehr Demokratie, gegen Annexionen, für Frieden, gleiche Rechte für israelische Araber und orientalische Juden, sowie für nationale Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes. Und: zwar sind die Palästinenser und die arabischen Nachbarländer die Opfer der israelischen Aggression. Aber auch die arbeitenden Massen in Israel sind Leidtragende dieser Politik."

Ihnen allen gemeinsam sei das Interesse am Abbau des Spannungszustandes - "auf der Grundlage der UNO-Entscheidungen und der politischen Plattform der Konferenz."

Akute Kriegsgefahr - Arabische Reaktion

Zum Abschluß dieser Diskussion appellierte Ramesh Chandra eindringlich an die Konferenzteilnehmer, Trennendes zurückzustellen, denn die

"gegenwärtig brennende Kriegsgefahr und die systematische Annexions- und Unterdrückungspolitik der israelischen Regierung erfordert unser gemeinsames Handeln, unsere prinzipielle Opposition im Kampf um die Wahrung der elementaren Menschenrechte."

R.Chandra rief in Erinnerung, daß die Solidaritätsbewegung für den Kampf des vietnamesischen Volkes erst "Schritt um Schritt gewachsen" sei. Die schließliche Stärke der Bewegung aber sei allein aufgrund einer "sehr breiten Plattform" und durch die gleichgewichtige diplomatische bzw. Friedensoffensive der PRR und DRV möglich geworden, nicht aber durch einen militärischen Alleingang:

"Die arabischen Reaktionäre, die die Zerstörung Israels als Ziel eines 'heiligen Krieges' etc. propagieren, richten ihre Angriffe nicht von ungefähr gleichzeitig gegen die machtvollsten Friedenskräfte und besten Freunde der fortschrittlichen Entwicklung in den arabischen Ländern, nämlich gegen die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Staaten. Der Kampf der antiimperialistischen Bewegung im Nahen Osten kann nicht gegen diese Friedenskräfte, sondern nur gemeinsam mit ihnen erfolgreich sein. Die reaktionären Kräfte im Nahen Osten aber sind ebenso wie gegen die Sowjetunion auch gegen eine gerechte Friedensregelung gerichtet und setzen auf die Zusammenarbeit mit dem Imperialismus. Sie gilt es genauso wie die israelischen und imperialistischen Aggressoren zu bekämpfen."

Ergebnisse der Bologna-Konferenz

Das Abschlußplenar der Konferenz stellte folgende Punkte als wichtigste Ergebnisse vor:

1. die vollständige Räumung der von Israel okkupierten arabischen Gebiete,
2. die Bekräftigung der UN-Resolutionen von 1967 und 1970,
3. die unverzichtbare Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes,
4. die Anerkennung der Existenzberechtigung aller Staaten im Nahen Osten.

Zu den entscheidenden Ergebnissen der

Aktionskommission gehörten u.a. die Feststellungen:

- "... es wäre wünschenswert, wenn in diesem Komitee neben arabischen auch israelische Vertreter Platz fänden,
- über das Organisationskomitee sollen Delegationen in möglichst viele Länder entsandt werden, um die Ergebnisse dieser Konferenz zu verbreiten."

Abschluß-Resolution

Die internationale Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten fand vom 11.-13. Mai 1973 in Bologna (Italien) statt.

An dieser Konferenz nahmen Repräsentanten internationaler und regionaler Organisationen teil, ebenso Vertreterdelegationen der Länder Europas, Asiens, Amerikas, Afrikas, der arabischen Länder und Israels - obgleich mit verschiedenen politischen Auffassungen, jedoch mit dem gemeinsamen Ziel, Mittel und Wege für die Gewährleistung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten zu finden.

Seit dem Junikrieg von 1967 hat sich die Situation in diesem Gebiet ständig verschlechtert.

Mit Hilfe ihrer Armee hält die israelische Regierung seit sechs Jahren arabische Gebiete besetzt. Sie setzt die Kolonialisierung dieser Gebiete fort und verdoppelt die Maßnahmen, mit denen dort territoriale Veränderungen erreicht werden sollen. Sie verstößt fortwährend gegen die von der UN angenommenen Entschlüsse. Ebenso wie die arabische Reaktion bemüht sich Israel mit allen Mitteln, die nationale Existenz des palästinensischen Volkes zu zerstören und die Bewegung zur nationalen und sozialen Befreiung der arabischen Völker zu schwächen.

Die Regierung der Vereinigten Staaten trägt einen Großteil der Verantwortung für die gegenwärtige Situation, indem sie diese Politik unterschreibt, besonders durch ihre finanzielle und militärische Unterstützung. Diese Situation bedroht den Frieden im Nahen Osten, im Mittelmeerraum und in der ganzen Welt.

Die Konferenz richtet einen dringenden Appell an die Völker aller Länder, ihre Entschlossenheit eindringlich zum Ausdruck zu bringen, um eine politische Lösung des Nahostkonflikts

durch die umfassende Verwirklichung der UN-Resolutionen vom 22. November 1967 und vom 4. November 1970 durchzusetzen, die in erster Linie den Abzug der israelischen Truppen aus allen seit dem Juni 1967 besetzten arabischen Gebieten zur Folge haben, und die Anerkennung der legitimen Rechte der arabischen Bevölkerung Palästinas - besonders ihr Recht auf Selbstbestimmung - zu fordern; ebenso die Anerkennung des Rechts aller Völker und aller Staaten im Nahen Osten auf ihre nationale Existenz, Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit.

Die Konferenz richtet diesen Appell auch an die Parlamente und Regierungen aller Länder im Hinblick auf ihre Verantwortung, einen gerechten Frieden im Nahen Osten zu schaffen.

Die Welt hofft auf einen dauerhaften Frieden, der sich gründet auf die Prinzipien der Vereinten Nationen und das Recht der Völker, ihr Schicksal selbst zu bestimmen.

Bologna, den 13. Mai 1973

Die Tatsache, daß die Abschlußerklärung ohne Gegenstimme angenommen wurde, ist ein weiteres Beispiel des politischen Erfolgs dieser Konferenz in Bologna.

2628 (XXV). DIE SITUATION IM NAHEN OSTEN

Die Generalversammlung ist ernstlich besorgt über die Tatsache, daß die Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates, datiert vom 22. November 1967, die einstimmig angenommen wurde, und die Vorschläge zu einer friedlichen Regelung der Lage im Nahen Osten beinhaltet, noch nicht verwirklicht worden ist. Nachdem die Generalversammlung die Frage "Situation im Nahen Osten" überprüft hat, betont sie erneut,

1. daß die Inbesitznahme von Territorien durch Gewaltanwendung unzulässig ist, und daß somit die auf diese Weise besetzten Gebiete zurückgegeben werden müssen;
2. daß die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten die Anwendung der zwei folgenden Prinzipien miteinschließt:
 - a) Rückzug der israelischen Truppen aus den seit dem Krieg besetzten Gebieten;
 - b) Beendigung aller Kriegsvorwürfe und aller kriegerischen Auseinandersetzungen - Achtung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jedes Staates dieses Gebietes, ebenso Anerkennung des Rechts jedes Staates, innerhalb sicherer und vor Bedrohung oder Gewaltakten geschützten Grenzen in Frieden zu leben;
3. Die Generalversammlung erkennt an, daß die Anerkennung der Rechte der Palästinenser ein unabdingbarer Bestandteil für die Schaffung eines dauerhaften und gerechten Friedens im Nahen Osten ist.
4. Die Generalversammlung fordert nachdrücklich die sofortige und vollständige Durchsetzung der Resolution 242 (1967) des Sicherheitsrates, die Vorschläge für eine friedliche Regelung der Situation im Nahen Osten beinhaltet;

1896. Vollversammlung
4. November 1970

AIB-Interview mit Yoram Gozansky

Auf der "Internationalen Konferenz für Frieden und Gerechtigkeit im Nahen Osten" in Bologna hatte der AIB-Vertreter in der westdeutschen Delegation die Möglichkeit, ein ausführliches Gespräch mit Yoram Gozansky zu führen. Y. Gozansky ist Vertreter des Weltbundes des demokratischen Jugend (WBDJ) und Mitglied der Kommunistischen Partei Israels.

Das Gespräch vermittelt einen Einblick in die aktuellen Probleme und Aufgaben der Friedens- und Fortschrittskräfte in Israel, ihre Einschätzung der Bologna-Konferenz, ihr Verhältnis zum Kampf des palästinensischen Widerstandes und ihren Beitrag zur Lösung des Nahostkonflikts. Schließlich gibt das Gespräch Aufschluß über die Position der KP Israels zum Besuch von Bundeskanzler Brandt in Israel.

AIB: Auf dem Parteitag der KP Israel 1972 wurde ein 7-Punkte-Programm für eine politische Lösung des Nahost-Konflikts entwickelt, mit dem Ziel der Schaffung einer breiten Friedensfront "Für einen Frieden ohne Annexionen".

Welche Bedeutung hat die internationale Nahost-Konferenz hier in Bologna für die Weiterentwicklung des Friedenskampfes in Israel?

Y. Gozansky: Zunächst möchte ich die außerordentliche Bedeutung dieser Konferenz in Bologna, ihres politischen Erfolges wie ihrer sicherlich enormen internationalen Ausstrahlungskraft unterstreichen. Gerade für Israel selbst stellt dieses internationale Forum eine große Hilfe bei der Organisation einer breiten Friedensfront im Lande des Aggressors dar. Natürlich läßt die Bewegung für Frieden und sozialen Fortschritt in Israel gegenwärtig noch zu wünschen übrig, noch ist sie nicht stark und breit genug. Aber ich denke doch, der positive Ausgang und die politische Plattform dieser Konferenz, die von der gesamten israelischen Delegation als ihre Plattform akzeptiert wurde, eröffnen uns ganz neue Möglichkeiten zur Entfaltung einer breiten Kampagne in Israel und zur Verankerung des Friedensgedankens unter den arbeitenden Massen.

Und diese Konferenz findet in Israel ein ungewöhnlich großes Interesse. Das zeigt die Anwesenheit einer Vielzahl von Vertretern aller relevanten israelischen Publikationsorgane. Das zeigt ebenso das äußerst beunruhigt klingende Echo der reaktionären Kräfte, der herrschenden Kreise in Israel. Sie fürchten nichts mehr als ein positives Ergebnis und dessen nachhaltige Ausstrahlung auf die innenpolitische Konstellation in Israel. Dies umso mehr, da diese Konferenz entgegen der herrschenden Meinung und zionistischen Propaganda den Beweis erbrachte: die Möglichkeit und Notwendigkeit des Gesprächs, der Verständigung mit den arabischen Nachbarländern ist keine Fiktion, sondern scheiterte bislang an der israelischen Regierungspolitik.

Zwar bedeutet es für uns Kommunisten nichts Neues, mit unseren arabischen Freunden und Genossen zu reden und zusammenzuarbeiten, aber für die nichtkommunistischen Mitglieder der israelischen Friedensdelegation in Bologna stellt dies ein absolutes Novum dar. Allein

diese Tatsache beinhaltet für unsere Kampfperspektive gegen die herrschenden Kreise in Israel einen enormen Fortschritt. Denn für die Mehrzahl der israelischen Bevölkerung wird durch die hier demonstrierte Verständigung mit den arabischen Nachbarvölkern und -staaten -- wenn auch bedauerlicherweise aufgrund der aktuellen Ereignisse im Libanon die Delegation der PLO nicht anreisen konnte -- die reaktionäre zionistische These erschüttert, die "Araber" verstünden nur eine Sprache, die Sprache der Gewalt, der Waffen.

In dieser Hinsicht werden die Diskussionsergebnisse dieser Nahost-Konferenz einen tiefen Eindruck hinterlassen. Ich meine, daß Bologna unserem Kampf den Rücken stärken und die Friedensbewegung in Israel beflügeln wird. Bekanntlich lautet die Hauptlosung der KP Israel:

"Gemeinsam mit den arabischen Ländern gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind"

und nicht

"Mit dem Imperialismus gegen die arabischen Länder."

Bologna hilft uns Kommunisten, diese Losung in Israel verständlicher und wirkungsvoller zu machen.

Ich bin sehr zuversichtlich, daß diese Konferenz sich nicht als Schlußpunkt, sondern als gelungener Auftakt für die Vereinheitlichung der antiimperialistischen Bewegung im Nahen Osten und für das Anwachsen der weltweiten Solidaritätsbewegung erweisen wird. Gerade das Beispiel Vietnams hat vielen Menschen auch in Israel die immense Bedeutung von Massenaktivitäten und die Möglichkeit des erfolgreichen Kampfes um Frieden vor Augen geführt. Die Ergebnisse der Bologna-Konferenz bestärken unsere Hoffnung, daß sich die nationale und weltweite Nahost-Friedensbewegung in ähnlichem Umfang wie im Falle Vietnams entwickeln wird.

AIB: Für die politische Diskussion in Bologna spielte das Problem des palästinensischen Widerstandskampfes und der Rechte des palästinensischen Volkes eine ganz zentrale Rolle. Und gerade in dieser Frage zeigten sich - speziell was die israelische Delegation angeht - recht unterschiedliche Positionen. Wie ist die Position der KP Israel in dieser Frage?

Y. Gozansky: Ich möchte vorausschicken, daß die palästinensischen Araber die Hauptopfer des israelischen Aggressionskrieges

von 1967 sind. Aber das palästinensische Volk war auch der Leidtragende des israelisch-arabischen Krieges von 1948 und ist das bis zum heutigen Tage geblieben, auch wenn der Charakter jenes Krieges - verglichen mit dem Juni-krieg 1967 - primär als Kampf von Juden und Arabern gegen die Mandatsherrschaft des britischen Imperialismus gerichtet war.

Während als Ergebnis jenes Krieges gegen den britischen Imperialismus der Staat Israel 1948 gemäß dem UNO Teilungsbeschuß von 1947 seine Geburtsstunde erlebte, wurde die Konstituierung des arabisch-palästinensischen Teilstaates verhindert. Als die einzigen Opfer jenes Konflikts blieben die Palästinenser bis heute Vertriebene und als einziges Volk dieser Region heimatlos.

Die KP Israel hat seit der Staatsgründung, also seit 25 Jahren unablässig dafür gekämpft, daß Israel die Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen hat. Das umfaßt sowohl das Recht der Vertriebenen auf Rückkehr bzw. ihre wahlweise vollständige Entschädigung als auch das unveräußerliche Recht der Palästinenser auf Selbstbestimmung. Das ist unsere allgemeine Position.

AIB: Inwiefern hat sich mit dem Junikrieg 1967, der anhaltenden israelischen Annexionspolitik und der Entwicklung des palästinensischen Widerstandes zur Massenbewegung die Lage verändert?

Y. Gozansky: In der Tat stehen wir im Ausgang des israelischen Aggressionskrieges von 1967 vor einer neuen Situation. Die Entfesselung dieses Krieges diente den Interessen des Imperialismus, vor allem des amerikanischen, nicht aber den Interessen der israelischen Arbeiterklasse und armen Bevölkerungsschichten, denn für sie sind die Rüstungslasten noch drückender geworden und sie sind es, die für den abenteuerlichen Kriegskurs der herrschenden Klasse den Kopf hinhalten müssen. Der Krieg von 1967 zielte

- auf die Zerschlagung der nationalen arabischen Befreiungsbewegung,
- auf die Vernichtung des palästinensischen Widerstandes,
- auf die Zerstörung der sozialökonomischen Errungenschaften und der antiimperialistischen Entwicklung in Ägypten und Syrien,
- auf die Verteidigung und Sicherung der Positionen der imperialistischen Ölgesellschaften und
- natürlich auch auf die Verwirklichung der expansionistischen Interessen der reaktionären Kräfte Israels.

Wie die heutige Okkupationspolitik der israelischen Führung zeigt, haben wir es hier mit

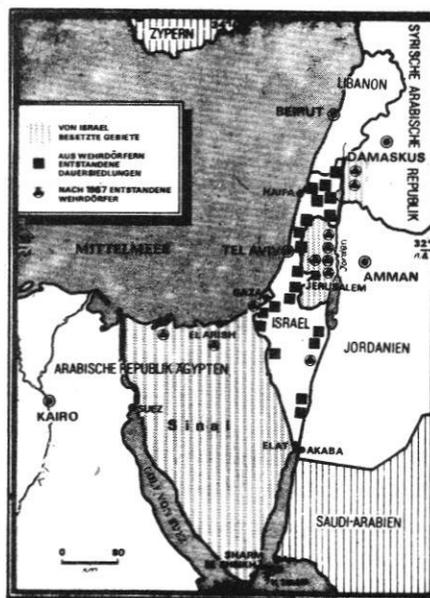
einer klassischen Form von Kolonialismus bzw. mit der Kolonisierung der 1967 besetzten arabischen Gebiete zu tun.

Die Lage der palästinensischen Araber aber ist seit 1967 noch verzweifelter und komplizierter geworden. Das palästinensische Volk hat damals wie heute - seit 1967 eher in noch höherem Masse - einen unveräußerlichen Anspruch auf seine elementaren Rechte.

Man kann diese Rechte auch nicht durch eine Verewigung der zionistischen Gewaltpolitik ausser Kraft setzen, wie das kürzlich die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir ankündigte. Golda Meir erklärte ebenso demagogisch wie eindeutig, daß sie das palästinensische Volk als schlechthin nicht existent betrachte.

Wir sagen ebenso unmißverständlich, daß das palästinensische Volk, das die Völker Ägyptens, Syriens und Jordanien das unbestreitbare Recht besitzen, gegen die israelische Okkupation zu kämpfen - dies mit allen Mitteln, die uns dem gemeinsamen Ziel der Befreiung dieser arabischen Gebiete näherbringen.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, daß uns abenteuerliche Aktionen nicht helfen, dieses wichtige Ziel zu erreichen.



Nichtdestoweniger wissen wir sehr wohl, daß die eigentliche Ursache, der tiefere Grund solcher Verzweiflungstaten in der israelischen Okkupationspolitik zu suchen sind. Und wir erklären der israelischen Bevölkerung immer wieder, daß die Okkupation das Kernproblem auch in dieser Frage ist: 'Wenn ihr gegen diese extremistischen Aktionen wirksam vorgehen wollt, dann müßt ihr gegen die Annexionspolitik der israelischen Regierung kämpfen.' Für die richtige Beurteilung der "Terror"-Frage ist jedoch entscheidend, daß die Aggressionsakte Israels regierungsoffiziellen Charak-

ter tragen und sich auf staatlicher Ebene bewegen. Zwischen diesem staatlich organisierten Terror und den Aktionen irgendwelcher Organisationen besteht ein himmelweiter Unterschied.

Wir unterstützen den gerechten Widerstandskampf der Palästinenser gegen Unterdrückung und Okkupation ebenso wie den Widerstandskampf aller unterdrückten Völker überall in der Welt. Aber die Wahl der heutigen Kampfformen muß dem Ziel zugeordnet sein, dieser Okkupationspolitik so rasch wie möglich ein Ende zu bereiten.

AIB: Wie schätzen Sie die nächsten Schritte, wie die Perspektive einer Lösung des Nahostkonflikts ein?

Y. Gozansky: Jetzt und heute bietet sich eine reale Möglichkeit, den Frieden in unsrer Region zu retten, sicherer zu machen, eine Lösung des Problems der Palästinenser einzuleiten - und das eben nicht auf dem Wege der militärischen Auseinandersetzung. D.h. gegenwärtig eröffnen sich neue Möglichkeiten zu einer politischen Lösung des Konflikts, zur Entkrampfung des Spannungszustandes.

Wir meinen, daß die Resolution des UNO-Sicherheitsrates Nr. 242 uns helfen kann, einen ersten grundlegenden Schritt auf diesem Wege der friedlichen Regelung durchzusetzen.

Ich betone, einen ersten Schritt, denn wir behaupten nicht, diese Resolution sei eine wunderbare Sache. Es wäre sicher wünschenswert, wenn diese UNO-EntschlieÙung besser aussähe. Aber unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine politische Lösung nur über diese UNO-Regelung, nicht aber gegen sie realisierbar. Deshalb stellt sie auch in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes die beste Lösungsmöglichkeit dar.

Die UNO-EntschlieÙungen von 1967 und 1970 erkennen die Existenzberechtigung eines jeden Volkes im Nahen Osten, einschließlich des israelischen, an. Daher ist unser Kampf gegen die israelische Okkupation nicht gegen den 'Staat Israel' als solchen gerichtet. Das israelische Volk hat genau wie alle anderen Völker im Nahen Osten das legitime Recht auf Anerkennung seiner staatlich-territorial fixierten Existenz.

Dieses Recht besteht unabhängig von dem gegenwärtigen politischen Charakter des Staates Israel. Daraus ergibt sich: Die Erfüllung der UNO-EntschlieÙung von 1967 ist das aktuell realistische Nahziel, bedeutet jedoch noch keineswegs die Lösung des Nahostkonflikts. Vielmehr hebt sie unseren langwierigen, gemeinsamen Kampf auf eine höhere Stufe. Danach - unter günstigeren Voraussetzungen -

wird es darauf ankommen, die Diskussion und das Ringen um eine wirklich dauerhafte, gerechte Lösung, für die Organisierung eines stabilen Friedens weiterzutreiben. Aber dieser erste Schritt muß getan werden.



„Alles gehört mir...“

G. Stauber

Wenn wir von Friedenssicherung durch den Abzug aller Streitkräfte aus den von Israel besetzt gehaltenen Gebieten reden, müssen wir gleichzeitig auf die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes pochen. Beide Probleme stehen in untrennbarem Zusammenhang.

Mit aller Klarheit sei festgestellt: es ist ein Ding der Unmöglichkeit, ohne die Anerkennung der Existenzberechtigung aller Staaten im Nahen Osten - der arabischen wie des israelischen - zu einer politischen Lösung zu kommen und ein erneutes Blutbad zu vermeiden. Genauso unmöglich, ja undenkbar ist eine dauerhafte, gerechte Lösung des Konflikts ohne die Akzeptierung und Verwirklichung der vollen Rechte des arabischen Volkes von Palästina.

AIB: Wir sehen uns gegenwärtig in der BRD vor die Situation gestellt, daß Bundeskanzler Brandt zum 6. Jahrestag des israelischen Aggressionskrieges einen Besuch in Ihrem Land angekündigt hat. Wie beurteilen Sie den Charakter dieses Staatsbesuches? Wird er zum Kampf der Friedenskräfte in Israel und in aller Welt beitragen?

Y. Gozansky: Wenn Willy Brandt nach Israel käme, um Golda Meir über die Beschlüsse dieser internationalen Nahost-Konferenz in Bologna zu informieren, dann wäre das eine sehr positive Sache.

Doch ich befürchte, daß Willy Brandt derartiges nicht zur inhaltlichen Aussage seines Staatsbesuches machen wird. Vielmehr glaube ich, daß die bevorstehende Visite des BRD-Kanzlers den Charakter der Unterstützung der israelischen 'Politik der Stärke' trägt. Obgleich wir sehen, daß es interne Interes-

senwidersprüche, Gegensätze und Streitpunkte zwischen den imperialistischen Hauptmächten USA, BRD, Frankreich gibt, ist das entscheidende Problem dieses Brandt-Besuches folgendes:

Die imperialistische Nahoststrategie steht in direkter Wechselbeziehung zu der aggressiven und expansionistischen Politik der herrschenden Klasse Israels.

Nach der bisherigen Ostpolitik des westdeutschen Imperialismus, die durch ein besonders enges Bündnis zu den USA gekennzeichnet ist, muß man davon ausgehen, daß Willy Brandt nicht zu dem Zwecke nach Israel reist, um Golda Meir zur sofortigen Räumung des okkupierten arabischen Territoriums und zur Respektierung der Rechte des palästinensischen Volkes zu veranlassen bzw. zu zwingen.

Ganz im Gegenteil. Ich denke, daß Willy Brandt hier in Israel bemüht sein wird, die Rolle ei-

Mit der Annahme einer Resolution über die Lage im Nahen Osten durch 86 Staaten (1971: 79 Ja-Stimmen; 1970: 57) bei 31 Enthaltungen und 7 Gegenstimmen wurde Mitte Dezember 1972 die Nahostdebatte der XXVII. UNO-Vollversammlung abgeschlossen. Darin wird die Resolution 242 von 1967 bekräftigt und an den Sicherheitsrat appelliert, alle zweckmäßigen Schritte hinsichtlich der vollen und schnellen Verwirklichung seiner Resolution zu ergreifen. Die Aneignung von Territorium durch Gewalt wird für unzulässig erklärt. Die UNO verlangt von der israelischen Regierung, sich zu diesem Prinzip zu bekennen, und erklärt alle Veränderungen für ungesetzlich, die Tel Aviv mit dem Ziel der Annexion im okkupierten Territorium durchführt. Besonders bemerkenswert ist auch der Aufruf, alles, einschließlich der Hilfeleistung, zu vermeiden, was vom Aggressor als faktische Anerkennung der Okkupation gewertet werden könnte. Zu den Staaten, die sich der Stimme enthielten, zählen u. a. die USA – vor allem wegen der letzten beiden Forderungen – Südafrika, China und Albanien.

nes sehr guten Imperialisten zu spielen.

Ich meine, dieser Besuch stellt eine Unterstützung der aggressiven israelischen Politik dar.

Brandt kommt nach Israel, um die Träger und Freunde einer proimperialistischen Politik und Ideologie zu kontaktieren. Deshalb verurteilen wir diesen Besuch aufs entschiedenste.

LIBANON

Nach den Massakern des jordanischen Hussein-Regimes 1970/71 am palästinensischen Widerstand starteten nun auch die reaktionären Kräfte des bürgerlich-parlamentarisch regierten Libanon einen Generalangriff gegen die inländischen Stützpunkte der Palästinenser. Dieser Vernichtungsfeldzug gegen die PLO steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den kontinuierlichen israelischen Aggressionsakten und den imperialistischen Interessen in dieser Region.

Daß ein zweites Jordanien verhindert werden konnte, ist in erster Linie das Resultat der Einheit der palästinensischen Widerstandskämpfer, ihres engen Bündnisses mit der nationalen Fortschrittsfront und der Haltung der progressiven arabischen Regimes.

Wolfram Brönner

Zu den Ereignissen im Libanon

Am 2. Mai 73 eröffnete die libanesische Armee mit Panzer- und Artillerieeinheiten das Feuer auf palästinensische Flüchtlingslager und Stützpunkte der PLO um Beirut und im Südlibanon. Palästinensische Widerstandsgruppen und die libanesische Miliz (paramilitärische Verbände der Nationalen Fortschrittsfront, s. weiter unten) schlugen erfolgreich zurück; der Regierungsarmee gelang es nicht, in die palästinensischen Lager einzudringen. Die Verhängung des Ausnahmezustandes durch die Regierung Amin Hafez beantworteten die Widerstandsgruppen mit der Besetzung strategisch wichtiger Positionen im ganzen Land: der Zufahrtswege, Hafenstellungen und Bergfestungen. Auch der Einsatz von Splitter- und Phosphorbomben gegen palästinensische Flüchtlingslager, der fortgesetzte Bruch der Waffenstillstandsvereinbarungen, die Ermordung von hunderten palästinensischer Zivilisten durch die libanesischen Streitkräfte vermochten die Moral der palästinensischen Widerstandskämpfer nicht zu brechen.

Indessen versuchte die libanesische Regierung, ihr brutales Vorgehen mit der Festnahme zweier

Armeeangehöriger durch PLO-Einheiten zu rechtefertigen. Tatsächlich aber war jene Festnahme lediglich eine Gegenmaßnahme der PLO, um die Freilassung von neun Widerstandskämpfern vom gleichen Tage (2. Mai) zu erzwingen; und Yassir Arafat hatte die unverzügliche Freigabe zugesagt, sobald das libanesische Oberkommando seine militärischen Angriffe einstellen würde.

Doch das libanesische Oberkommando setzte die blutigen Operationen fort, trotz des scharfen Protestes der fortschrittlichen libanesischen Parteien, der Gewerkschaften u. a., trotz unablässiger Schlichtungsversuche der Regierungen Syriens, Ägyptens, Algeriens, des Irak und des Generalsekretärs der Arabischen Liga, Mahmoud Riad. Erst das Vordringen von 5.000 in Syrien stationierter Fedayn nach Südlibanon, erst der anwachsende innenpolitische Druck sowie die entschlossenen Maßnahmen der syrischen Regierung (Schließung der Grenzen zum Libanon, militärische Ausrüstung der Fedayn, Aufruf zum gemeinsamen Vorgehen gegen die libanesische Reaktion) zwangen die libanesische Regierung zum Abschluß eines Waffenstillstandsabkommens

am 4. Mai und schließlich, Tage später, zur völligen Einstellung der Kampfhandlungen.

Am 8. Mai trat nach nur 13-tägiger Amtsdauer die libanesische Regierung Amin Hafez zurück. Die von der arabischen Reaktion angestrebte, von den USA wie Israel stimulierte und erhoffte Entscheidungsschlacht gegen die palästinensische Widerstandsbewegung blieb aus - obgleich amerikanische Noratlasmaschinen Waffen und Munition in den Libanon einflogen, Israel vor und während der Kämpfe Militärmanöver an der libanesisch-syrischen Grenze sowie großangelegte See- und Fliegermanöver abhielt, um Teile der Widerstandsgruppen an der Grenze zu binden und die libanesische Regierung zu energischem Vorgehen anzutreiben. Israelische Regierungsrepräsentanten wie Dayan und Allon drohten, sofort loszuschlagen, falls syrische oder andere arabische Staaten zugunsten der Palästinenser intervenieren sollten. Am 4. Mai legte Allon der libanesischen Regierung nahe, sie müsse

"für Ordnung sorgen, wenn nicht der Libanon der Schauplatz israelischer Präventivangriffe gegen die Terroristen sein soll." (1)

Israel und arabische Reaktion

In der Tat versuchte die israelische Regierung seit 1968 und verstärkt seit der Zerschlagung der palästinensischen Stützpunkte in Jordanien (1970/71), mit kontinuierlichen Aggressionsakten gegen den Libanon die innere Reaktion gegen die Palästinenser aufzuwiegen. Der Überfall des israelischen Mordkommandos am 10. April in Beirut, bei dem mit nachweislicher Hilfe des CIA drei Führer der palästinensischen Resistance und über 40 Zivilisten erschossen wurden, hatten die Wochen später aufflammende Krise heraufbeschworen. Die damalige Untätigkeit der libanesischen Sicherheitskräfte und ihre Absicherung des Fluchtweges der israelischen Truppen führten zu Massenprotesten (250.000 Demonstranten in Beirut) von Palästinensern und libanesischen Fortschritt Kräften.

Nationaldemokratische Fortschrittfront

Das große Interesse der imperialistischen Mächte und politischer und militärischer Druck Israels auf den Libanon erklärt sich nicht zuletzt aus dem spezifischen Charakter dieser sog. 'Schweiz des Nahen Ostens', die wichtigster Umschlagplatz des internationalen Finanzkapitals und der arabischen Erdölproduzenten ist. Der schwankende politische Kurs der macht ausübenden Handels- und Finanzbourgeoisie des Libanon bietet wachsende Einflußmöglichkeiten für imperialistische Kapitalinteressen. Dieser Prozeß wird von einer rückläufigen staatlichen Förderung der industriellen und agrarischen Produktion begleitet. Eine Folge dieser proim-

perialistischen Politik sind rasch wachsende Streikämpfe der Arbeiterklasse, steigende Massenaktivitäten der Bauernschaft sowie die Herausbildung der Nationaldemokratischen Fortschrittfront.

Am 13. April veröffentlichten die Sozialistische Fortschrittspartei, die KP Libanon, die Baath-Partei u.a. ein gemeinsames Kommuniqué, in dem sie feststellten,

"daß die Regierung den Aggressoren keinen Widerstand entgegengesetzt und das Leben libanesischer Bürger ebensowenig verteidigt hat wie jenes der Kämpfer des palästinensischen Widerstands. Die Aggressionsakte gegen den Libanon zeigen faktisch ein Zusammenwirken der Regierung und Israels gegen den palästinensischen Widerstand. Dies zeigt die Rolle der arabischen Reaktion, wie sie auch in Jordanien zutage tritt.

An diesen Aggressionsakten nimmt der amerikanische Imperialismus angesichts der Bedeutung der Erdölquellen im Nahen Osten teil, die zu kontrollieren er mit Hilfe Israels erhofft. Die amerikanischen Pläne werden durch das Fehlen einer energischen Haltung der arabischen Staaten gegen die USA begünstigt... Die fortschrittlichen Parteien des Libanon verurteilen die Politik der Regierung, die den Aggressoren gegenüber zögert, jedoch die Volksbewegung der Arbeiter, Bauern und Studenten hart unterdrückt." (2)



Die Programmatik der nationalen Fortschrittfront ist einmal auf die Mobilisierung der arbeitenden Massen für einen unabhängigen anti-imperialistischen außenpolitischen Kurs gerichtet. Unter dem erstarkenden Druck dieser Bewegung sah sich die bürgerliche Regierung im März 1973 gezwungen - im Gefolge der progressiven Regimes Irak und Syrien - die amerikanischen Ölkonzerne IPC und Aramco zu nationalisieren. Zum zweiten kommt gerade in der gegenwärtigen Krisensituation dem engen Bündnis zwischen dieser nationalen Fortschrittfront und der palästinensischen Widerstandsbewegung eine besondere Bedeutung zu.

Situation der Palästinenser

Die herrschende Klasse des Libanon versagt den über 350.000 palästinensischen Flüchtlingen (libanesische Staatsbürger: 2,4 Mio) bis heute die Bürgerrechte. Im November 1969 gestand sie jedoch - unter dem Druck der progressiven Regimes - im sog. "Kairoer Abkommen" der PLO die volle Autonomie über palästinensische Lager, Truppenübungsplätze und Stützpunkte zu. Die Aufhebung eben dieser Rechte der Selbstverwaltung, des Selbstschutzes sowie die Zerschlagung der politisch-militärischen Stützpunkte der PLO waren das erklärte Ziel des libanesischen Blutbades vom Mai 1973. So wollte Staatspräsident Suleiman Franschijeh

"nicht länger zulassen, daß palästinensische Kommando-Organisationen sich in ihren Lagern und Stützpunkten als 'Staat im Staate' fühlen und Ordnung und Bestand des Libanon gefährden, sei es direkt durch ihr Auftreten als unkontrollierte und unkontrollierbare Elemente, sei es indirekt, indem sie Anlässe und Vorwände für israelische Vergeltungsaktionen liefern." (3)

Erfolgreiches Bündnis

Gegen diese reaktionäre Konzeption der Herrschenden aber vermochten - anders als 1970/71 in Jordanien - die libanesische Front und die PLO ihr festes Bündnis, die Entfaltung von Massenaktionen zu setzen.

Am 2. Mai 1973 antworteten die fortschrittlichen libanesischen Parteien und Organisationen mit einem gemeinsamen Aufruf an das Volk,

"seinen Willen zu bekunden, daß die palästinensische Resistance geschützt und die demokratischen Rechte und Freiheiten konsolidiert werden." (4)

Das einheitliche, geschlossene Vorgehen der palästinensischen Widerstandsorganisationen gegen die libanesische Reaktion, ihre rückhaltlose Unterstützung durch die nationale Front der Fortschrittskräfte, ihre gemeinsame Mobilisierung der Massen, schließlich die solidarische Haltung der progressiven arabischen Regimes - - diese Faktoren beweisen, daß die Einheit der antiimperialistischen Kräfte im Nahen Osten der beste Garant für einen erfolgreichen Kampf gegen arabische Reaktion, Zionismus und Imperialismus ist.



Widerstandskämpfer der PLO im Libanon, Mai 1973

Anmerkungen:

- 1) Die Welt, 5./6. Mai 1973, S. 1
- 2) Humanité, 14. April 1973
- 3) FAZ, 10. Mai 1973, S. 2
- 4) nach: UZ, 18. Mai 1973

DRV

Jutta v. Freyberg

Aufbau in der DRV

"Unsere Flüsse, unsere Berge, unsere Menschen werden immer bestehen; nach dem Sieg über die US-Aggressoren werden wir unser Land zehnmal so schön wieder aufbauen."

Mit diesen Worten bekräftigte 1969 Ho Chi Minh in seinem Testament die Gewißheit, daß eines Tages die US-Imperialisten geschlagen würden und Vietnam verlassen müßten.

Seit dem "Abkommen über den Waffenstillstand und die Wiederherstellung des Friedens in Vietnam" (Januar 1973) hat die Bevölkerung der DRV damit begonnen, diese Voraussetzungen ihres unvergessenen Präsidenten in Realität zu verwandeln. Zwar haben US-Flugzeuge

mittlerweile mehrfach den Luftraum der DRV verletzt, zwar haben die USA mit der Bombardierung von Laos und Kambodscha und der bedingungslosen Unterstützung Thieus demonstriert, daß der Frieden in Indochina noch nicht gesichert ist; doch die Sicherung des Friedens und des errungenen Sieges über die US-Imperialisten ist in entscheidendem Maße von der Stärke des Sozialismus in Nordvietnam abhängig.

Diesen Zusammenhang stellte auch der Premierminister der DRV, Pham Van Dong, in der Regierungserklärung vom Februar dieses Jahres

her, als er die Bevölkerung des Landes zum Wiederaufbau, zur Beseitigung der Kriegsschäden und zur Normalisierung und Stabilisierung des Lebens aufrief und die Perspektiven für die Entfaltung der sozialistischen Demokratie aufzeigte. ¹⁾

Der Verband der werktätigen Jugend "Ho Chi Minh" hat auf seinem Landeskongreß im Mai diesen Appell der Regierung aufgenommen und beschlossen, "die ruhmreiche achtjährige Kampf-, Arbeits- und Lernbewegung der Jugend der DRV in eine neue große Bewegung organisierter, disziplinierter und selbstloser Arbeit, hoher Wachsamkeit und fleißigen Lernens hinüberzuleiten." ²⁾

Seit der Unterzeichnung des Pariser Vietnamabkommens entfaltetete sich rasch das politische Leben. Die Beteiligung an den Kommunalwahlen im April war z. B. höher als bei Wahlen jemals zuvor. Sie erreichte in Hanoi und in einigen Provinzen ca. 99 %. Die Hälfte der neuen Mitglieder der örtlichen Volksvertretungen sind in der Produktion tätig, Frauen nehmen häufig bis zu 50 % der Sitze ein. ³⁾ Auch die Produktion wurde mit großem Elan wieder in Gang gesetzt. So wurden z. B. hunderte von Kilometern Straße repariert, grosse Lücken im Eisenbahnnetz geschlossen, 75 % der Anfang 1972 bestehenden Kapazitäten an Elektrizität erreicht und die Hälfte aller Großziegeleien in Betrieb gesetzt. ⁴⁾ An den Haupteisenbahnlinien wurden 19 Brücken wiederaufgebaut, darunter die 160 m lange Hamrong-Brücke und die 330 m lange Eisenbahnbrücke "Viet-Tri". ⁵⁾ Die Bauarbeiter von Hanoi konnten in drei Monaten rund 27.000 m² Wohnraum wieder herrichten; 80.000 der rund 170.000 m² beschädigten Wohnraums wurden provisorisch repariert. Die Projektierungsbüros der DRV haben die Arbeit an ungefähr 160 großen Bauprojekten für die Bevölkerung und Industrie aufgenommen. Zehntausende von Arbeitskräften sind mit Reparaturen und der weiteren Verstärkung der Dämme beschäftigt, die vor Eintritt der Regenzeit im Mai/Juni abgeschlossen sein müssen. ⁶⁾

Das Zementwerk in Haiphong hat bis Anfang April schon 2000 t an evakuierter Ausrüstung am alten Standort installiert, mitten zwischen Trümmern wurden vier von sieben Öfen in Betrieb genommen. Ebenfalls teilweise haben ihre Produktion aufgenommen eine Batteriefabrik bei Hanoi, eine Gummifabrik, das Kraftwerk Viet Tri usw. ⁷⁾

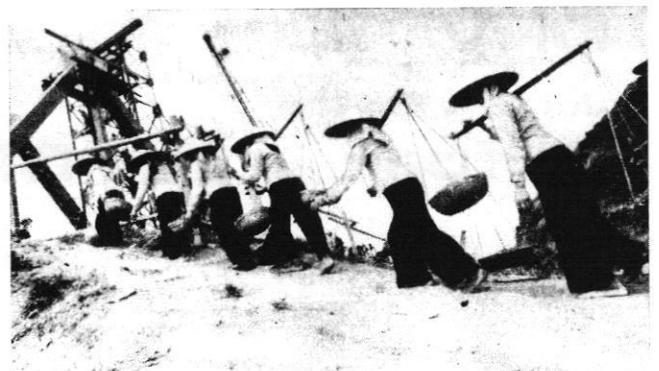
Anfang Mai wurde das drittgrößte Wasserreservoir der DRV in der Provinz Ha Tay fertiggestellt. Das Staubecken am Fluß Tich mit

einer Ausdehnung von 96 km² dient der Bewässerung von 27.000 ha Reisfläche. In Zukunft soll der Stausee auch Fischzuchtzentrum sein und bei der Beseitigung der Unfruchtbarkeit der Böden in den Mittelgebirgsregionen helfen. Die sechs Dämme des Stausees mit einer Länge von 3 km wurden in zweijähriger Arbeit während der Bombardierung der DRV durch die USA aufgeschüttet. ⁸⁾

10.000 Jugendliche beteiligten sich im Mai am Bau eines Meliorationssystems im Bezirk Nam Dan, um die Reiserträge zu erhöhen. Innerhalb von zehn Tagen schlossen sie den ersten Arbeitsabschnitt beim Bau des Staudammes Ho Thanh zur Bewässerung von ca. 1.000 ha Reisfelder ab. In der Küstenzone der Provinz Thai Binh konnten rund 45.000 ha Land (das entspricht der Hälfte der bisherigen Nutzfläche der Provinz) durch freiwilligen Einsatz von Zehntausenden Arbeitskräften kultiviert werden. ⁹⁾

Beim Wiederaufbau von Schulen wurden ebenfalls rasche Erfolge erzielt. In den gegenwärtig existierenden 86 Schulen für die nationalen Minderheiten in der DRV werden z. Zt. 8.500 Jugendliche theoretisch und praktisch in der Feld-, Vieh- und Forstwirtschaft ausgebildet. Die Schule in Hoa Binh richtet erstmals eine Hochschulabteilung ein. ¹⁰⁾

Diese Beispiele mögen den Wiederaufbau in der DRV bezeugen. Die materielle Unterstützung durch die internationale Solidaritätsbewegung kann diesen Prozeß beschleunigen - der Kampf um die Einhaltung des Abkommens, um den Frieden in Indochina ist aber eine unabdingbare Voraussetzung für diesen Aufbau.



Mit Körben schaffen junge Vietnamesinnen den Sand für die Betonierungsarbeiten an der Hamrong-Brücke heran. Diese rund 160 Meter lange Eisenbahn- und Straßenbrücke über den Fluß Ma soll bis zum Geburtstag von Ho Chi Minh am 19. Mai fertiggestellt werden
Foto: ADN/ZB/Link

Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB 4/73
- 2) Neues Deutschland (ND), 11.5.73, 14.5.73
- 3) ND 15.5.73, 23.4.73
- 4) ND 11.4.73
- 5) ND 1.5.73, 18.5.73, 20.5.73
- 6) ND 26.4.73
- 7) ND 19.4.73, 19.5.73
- 8) ND 11.5.73
- 9) ND 21.5.73
- 10) ND 11.5.73

Seit die USA und das Südvietnamesische Marionettenregime gezwungen werden konnten, das Pariser Vietnam-Abkommen zu unterzeichnen, brachen die Thieutruppen dieses Abkommen in unzähligen Fällen.

Der Leiter der RSV-Delegation in Paris, Nguyen Van Hieu, berichtete von 80.267 Fällen von Verletzungen des Abkommens durch die Saigoner Armee von Ende Januar bis zum 20. April 1973.

Ebenso wie die Saigoner Administration nicht bereit ist, feindliche Handlungen gegen die befreiten Gebiete einzustellen, weigert sie sich, den in Haft befindlichen Zivilpersonen die Möglichkeit zu geben, in ihre Heimatorte zurückzukehren und die demokratischen Freiheiten in ihrem Machtbereich zu gewähren.

Über Folterung und Mißhandlung politischer Gefangener, von denen noch immer ungefähr 200.000 in Thieus Gefängnissen und KZs dahinvegetieren, werden furchtbare Einzelheiten bekannt, die Erinnerungen an den Hitlerfaschismus aufdrängen. Gerade in letzter Zeit häufen sich Berichte über "chirurgische und medizinische Versuche" an Häftlingen, bei denen z. B. Operationswunden mit Draht genäht und Nägel in die Knochen der Häftlinge getrieben wurden. Tuberkulosekranke werden zusammen mit Gesunden in eine Zelle gesperrt, so daß sich die Tuberkulose schnell ausbreitete. 80 % der Haftentlassenen haben Hauterkrankungen, die durch giftige Chemikalien hervorgerufen wurden; 82 % haben Augenkrankheiten.

Mehr als hundert Kinder, darunter dreijährige, sind im Thu Duc-Gefängnis als politische Gefangene inhaftiert. Kinder, die im Gefängnis geboren wurden, werden wie andere Gefangene geschlagen.

In den befreiten Gebieten hingegen, wo die Provisorische Revolutionäre Regierung (PRR) der Republik Südvietnam (RSV) eine nationale und demokratische Verwaltung errichtet hat, wo die Produktion aufgenommen wurde und die erste "Friedens"ernte heranreift, wo auch unter großen Schwierigkeiten ein Schul- und medizinisches Versorgungssystem aufgebaut werden, welche allen Bürgern zu gute kommen, werden die vom Pariser Vietnam-Abkommen geforderten allgemeinen Menschenrechte praktiziert.

Sie können hier verwirklicht werden, weil die PRR mit ihrer Politik die Interessen der Bevölkerung vertritt: die Interessen der Bauern, Arbeiter, Handwerker, der städtischen Kleinbourgeoisie und der nationalen Bourgeoisie, der nationalen Minderheiten, der Frauen und der Jugend ...

Dieses nationale und demokratische System als die historisch einzig realisierbare Alternative zum neokolonialen System der Ausbeutung, des Terrors und der Folterungen in Thieus Machtbereich ist den ständigen militärischen Übergriffen durch die von US-Beratern trainierte Saigoner Marionettenarmee ausgesetzt. Deren Auftrag ist es, diese gesellschaftliche Alternative durch militärische Bedrohung für die ein friedliches Leben ersehrende Bevölkerung unattraktiv zu machen, bzw. die in den befreiten Gebieten lebenden Menschen durch Bomben in die Städte zu treiben, wo sie von Thieus Polizeisystem kontrolliert werden können.

Dieser Auftrag an das Thieu-Regime, der den Auftraggeber - den US-Imperialismus - verrät, erklärt die geringe Neigung, mit der PRR in Verhandlungen einzutreten, um eine Regierung der nationalen Eintracht vorzubereiten, wie es das Pariser Vietnam-Abkommen vorschreibt. Die PRR und ihre Verhandlungsdelegation in Paris haben immer wieder ihre Bereitschaft erklärt, das Abkommen Punkt für Punkt einzuhalten. Auf der achten Sitzung der südvietnamesischen Konsultationen in Paris hat Staatsminister Nguyen Van Hieu ein Sechs-Punkte-Programm für eine schnelle friedliche Regelung der inneren Probleme Südvietnams vorgelegt, um die Konsultationen aus der Sackgasse zu führen und einen dauerhaften Frieden und das Selbstbestimmungsrecht der südvietnamesischen Bevölkerung zu sichern.

6-Punkte-Programm der PRR

Staatsminister Hieu schlug vor:

1. Sofortige Einstellung aller Feindseligkeiten, strikte Beachtung aller Bestimmungen über eine zeitlich unbegrenzte Feuereinstellung zur Wahrung eines dauerhaften Friedens in Südvietnam.

a) Die Streitkräfte der beiden südvietnamesischen Seiten müßten genauestens die Feuereinstellung einhalten und alle Feindseligkeiten völlig einstellen. Die Streitkräfte der Regierung der Republik Vietnam müssen sofort alle Übergriffe, alle Bombardierungen und Beschießungen, alle feindseligen Akte, alle Akte des Terrors, des Zwangs und der Repressalien unverzüglich einstellen und ihre Einheiten auf ihre Positionen vor dem 28. Januar 1973 zurückführen.

b) Die Kommandeure der Einheiten der beiden südvietnamesischen Seiten, die sich gegenüberstehen und die in direkten Kontakten sind, werden sich unverzüglich treffen, um ein Abkommen über die Maßnahmen zu erreichen, die Konflikte vermeiden und den Frieden wahren.

c) Die gemischte zweiseitige Militärkommission wird unverzüglich die Zonen festlegen, die unter der jeweiligen Kontrolle der beiden südvietnamesischen Seiten stehen, und Modalitäten der Stationierung der Truppen festlegen. Die Kommission wird unverzüglich

Vereinbarungen treffen über die Korridore, über die Straßen und über andere Festlegungen hinsichtlich von Militärtransporten einer Seite durch die Zonen unter Kontrolle der anderen Seite.

2. Sofortige Übergabe der gesamten in Südvietnam gefangenen und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen. Im Geiste der Wiederversöhnung und nationalen Eintracht und in strikter Ausführung von Artikel acht (c) des Pariser Abkommens über Vietnam ist die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam bereit, sämtliche vietnamesischen Zivilpersonen der Saigoner Verwaltung, die in Südvietnam gefangengenommen und festgehalten sind, im Zeitraum von neunzig Tagen, wie er im Abkommen vorgesehen ist, zu übergeben.

Die Verwaltung von Saigon muß

a) sofort danach alle Zivilpersonen der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams übergeben, die in Südvietnam gefangen oder festgehalten sind.

b) Sie muß sofort alle Personen freilassen, die keiner der beiden Parteien angehören und die verhaftet oder eingesperrt wurden, weil sie für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und die Verbesserung der Lebensbedingungen kämpfen. Ebenso müssen alle anderen Personen freigelassen werden, die während des Krieges festgenommen wurden.

c) Bis zu ihrer Freilassung müssen alle erwähnten eingekerkerten Personen menschlich behandelt werden, wie es im Artikel acht (b) des Protokolls über die Freilassung von verhafteten und festgehaltenen vietnamesischen Zivilpersonen festgelegt ist. Es ist sofort mit allen Verhaftungen und Einkerkernungen Schluß zu machen, und das unarmherzige Strafsystem muß beseitigt werden.

3. Sofortige und volle Gewährung aller demokratischen Freiheiten für die Bevölkerung Südvietnams. Die Saigoner Verwaltung müsse, wie die RSV-Regierung, der Bevölkerung Südvietnams sämtliche demokratischen Freiheiten unverzüglich gewähren, wird in diesem Punkt betont. Sämtliche Unterdrückungsaktionen und Verfolgungen seitens Saigons müßten eingestellt werden.

4. Bildung des Nationalen Rates für Wiederversöhnung und nationale Eintracht. Beide südvietnamesischen Seiten müßten unverzüglich diesen Rat mit seinen drei Komponenten bilden, der die im Pariser Abkommen festgelegten Aufgaben übernimmt. Die beiden südvietnamesischen Seiten müßten die Struktur und die zahlenmäßige Zusammensetzung des Rates, die Art und Weise der Benennung seiner Mitglieder, die Modalitäten seiner Tätigkeit, die Unverletzlichkeit seiner Mitglieder vereinbaren.

5. Abhaltung allgemeiner, freier und demokratischer Wahlen in Südvietnam. Die RSV-Regierung „ist immer da-

für eingetreten, daß die südvietnamesische Bevölkerung über die politische Zukunft Südvietnams selbst durch all-Wahlen zu bildenden Institutionen zu einigen.

Die Organisation der allgemeinen Wahlen sowie die Festigung der Regeln und Verfahrensfragen dieser allgemeinen Wahlen obliegen dem Nationalrat der Nationalen Wiederversöhnung und Eintracht. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der RSV ist der Auffassung, daß man die Lage in Südvietnam schnellstens stabilisieren und der Bevölkerung die sofortige und völlige Ausübung der demokratischen Rechte sichern muß, um die Abhaltung allgemeiner, wirklich freier und demokratischer

Wahlen in Südvietnam so schnell wie möglich zu gewährleisten."

6. Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam. „Die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam wird durch die beiden südvietnamesischen Seiten im Geiste der Wiederversöhnung und nationalen Eintracht, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung ohne ausländische Einmischung und entsprechend der Nachkriegslage geregelt werden. Unter den zur Diskussion stehenden Fragen befinden sich Maßnahmen für die Herabsetzung der Truppenstärke beider Seiten. Die beiden südvietnamesischen Seiten werden diese Aufgabe so schnell wie möglich erfüllen.“

gemeine, wirklich freie und demokratische Wahlen entscheiden soll, um eine verfassungsgebende Versammlung zu wählen, eine Verfassung auszuarbeiten und eine südvietnamesische Regierung zu bilden, die den Hoffnungen und dem Willen des gesamten südvietnamesischen Volkes nach Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und nationaler Eintracht entspricht. Entsprechend dem Artikel zwölf (b) des Abkommens ist die Provisorische Revolutionäre Regierung Südvietnams bereit, sich mit der anderen Seite über die in diesen allgemeinen

(Quelle:

Neues Deutschland,
26.4.1973)

10 000 Schulhefte und Bleistifte für die Kinder in den portugiesischen Kolonien

Seit kurzer Zeit läuft die vom AIB initiierte Aktion "10 000 Bleistifte und Schulhefte" für den Aufbau der Schulen in den befreiten Gebieten von Angola, Guinea-Bissau und Moçambique. Einzelpersonen, aber auch zahlreiche Organisationen, Schülergruppen und Kindergartenkollektive, Lehrer und Studenten sind dazu übergegangen, diese Aktion zu unterstützen. Sie errichten Infostände, verteilen Flugblätter, sammeln in Schulklassen, spenden den Erlös von Basaren etc. Hier ein Beispiel, das für die zahlreichen Initiativen charakteristisch ist:

"Beiliegend übersende ich Euch eine Spendenliste anlässlich Eurer Aktion für die unterdrückten Menschen in den portugiesischen Kolonien bzw. ihre Befreiungsbewegungen - das Ergebnis einer kleinen Sammlung in Verwandtschafts- und Bekanntenkreis. Für wichtiger als den zusammengekommenen Betrag halte ich die durch die Aktion ermöglichten Diskussionen und die Aufklärungsarbeit..."

Das gesteckte Ziel der Aktion ist b e r e i t s j e t z t ü b e r t r o f f e n ! Um wieviel höher das Ergebnis sein wird, das wir in einem Monat, während der X. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin/DDR den Vertretern der Befreiungsbewegungen übergeben können, hängt von der Aktivität und der Initiative aller ab, die auf der Seite der kämpfenden Völker der portugiesischen Kolonien stehen.

Geldspenden werden unter dem Stichwort "10000 Schulhefte" auf das P-Sch-K Köln 171 387, Sonderkonto Wilhelm Breuer, Köln, erbeten

Sachspenden werden von der Redaktion des "Antimperialistischen Informationsbulletins" gesammelt unter der Anschrift:

Barbara Schilling, 355 Marburg, Liebigstraße 46



Antimperialistisches
Informationsbulletin

7-8/73

bringt u.a.:

Stockholmer Vietnam-Konferenz
2./3. Juni 1973

X. Weltfestspiele der Jugend
und Studenten in Berlin/DDR

A. Hebel: Löhne westdeutscher
Firmen für Arbeiter in der RSA

AFRIKA

Der vorliegende Artikel stellt die theoretische und praktische Geschichte der nicht-kapitalistischen Entwicklung in Afrika seit 1960 dar - notwendigerweise verkürzt und nicht alle Aspekte umfassend. Er schließt an einen früheren Artikel in "The African Communist" Nr. 51 an, in dem der Verfasser die Genesis und Entwicklung des marxistisch-leninistischen Konzepts des nicht-kapitalistischen Weges bis 1960 aufzeigte. Tshume geht vom Begriff des Staates der nationalen Demokratie aus und entwickelt durch die Darstellung des unterschiedlichen Entwicklungsstandes und unterschiedlicher Entwicklungstendenzen verschiedener afrikanischer Länder die Notwendigkeit, diesen Begriff klarer zu fassen. (Zu den Problemen nicht-kapitalistischer Entwicklung am Beispiel Tanzanias vergleiche AIB Nr. 11/12, 1972 u. 2, 1973) Er untersucht insbesondere die Frage, welche Rolle die verschiedenen Klassen und Schichten, aufgrund ihrer objektiven Interessenlage und des Kräfteverhältnisses in dem sie stehen, im antiimperialistischen Kampf spielen können.

Den zweiten Teil dieses Artikels bringen wir in Heft 7/8, 1973.

Albert Tshume

Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg in Afrika

(...) Wir haben im vorigen Artikel gezeigt, wie auf der Konferenz der Kommunistischen- und Arbeiterparteien 1960 unter dem Begriff "Staat der nationalen Demokratie" die charakteristischen Aufgaben und Eigenschaften derjenigen neuen Staaten Afrikas und Asiens analysiert wurden, die ihre Unabhängigkeit verteidigten, indem sie versuchten, das koloniale Vermächtnis der ökonomischen Rückständigkeit zu beseitigen, und sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit anstrebten. Heutzutage ist das Konzept eines "Staates der nationalen Demokratie" in der marxistischen Literatur über die Entwicklungsländer nicht mehr so gebräuchlich. Aber nicht deshalb, weil das Konzept falsch war oder ist. Als verallgemeinertes Abbild eines antiimperialistischen Staates in der Dritten Welt auf dem Wege zum Sozialismus, im Hinblick auf seine objektiven Bedürfnisse und Merkmale, ist der "Staat der nationalen Demokratie" als Modell heute nicht weniger relevant, als er es bei seiner ersten Darlegung vor mehr als einem Jahrzehnt war. Daß kein einzelner Staat alle diese Merkmale des Modells aufweist, war zu erwarten; andererseits war auch das Vorhandensein gewisser gemeinsamer Tendenzen in den sozialistisch orientierten Staaten Afrikas und Asiens voraussehbar und es sind gerade diese Tendenzen, die in dem Konzept des Staates der nationalen Demokratie zusammengefaßt und verallgemeinert wurden.

Nein, wenn dieser Begriff heutzutage nicht so häufig benutzt wird, dann liegt es daran, daß die Realität, die er reflektierte, mittlerweile fortschritt, sich entwickelte und differenzierter wurde. Eng damit verbunden ist

die Tatsache, daß sich an die ursprüngliche Konzeption häufig zu optimistische und unrealistische Erwartungen hinsichtlich der erregenden Perspektive revolutionärer Veränderungen in den neuen Staaten im ersten Aufschwung der nachkolonialen Zuversicht knüpften.

Die ersten Erfolge gaben Anlaß zu einer zu optimistischen und leichtfertigen Betrachtung der Dinge, die dazu führten, die Perspektiven zu idealisieren. Danach brachten Schwierigkeiten und Fehlschläge ... die negativen Aspekte in der Aktivität der fortschrittlichen Kräfte zum Vorschein, die dann zu gewissen einseitigen Einschätzungen führten. (Die Tunesische Delegation auf der Moskauer Konferenz der Kommunistischen und Arbeiter-Parteien 1969).

Ohne mehr als Afrika ins Blickfeld zu nehmen, können wir heute feststellen, daß die Entwicklungstendenzen der neuen Staaten vielfältiger und komplexer sind, als es in der Vergangenheit begriffen wurde. (Der Ausdruck 'Entwicklungstendenzen' muß nachdrücklich betont werden, denn wenn man die Länder Tropisch-Afrikas statisch betrachtet, weisen sie oft gleichwertige Merkmale auf. Im weiteren Sinne ist das jedoch richtig, ob man nun ihre soziale Struktur oder den Stand ihrer ökonomischen Entwicklung, ihre Abhängigkeit vom kapitalistischen Markt und andere Aspekte der neokolonialen Beziehungen nimmt, in die die imperialistischen Mächte die afrikanischen Völker verstrickten, während sie ihnen die Unabhängigkeit zugestanden). Wir können die folgenden Tendenzen unterscheiden:

Die kapitalistisch orientierten Staaten

Diese sind dadurch charakterisiert, daß sie beiden, dem ausländischen Kapital und den einheimischen ausbeutenden Klassen, mehr oder weniger freie Hand lassen. Das Einfließen aus-

ländischen Kapitals mag eine Illusion rapiden ökonomischen Wachstums schaffen, aber hinter den angenehmen Statistiken verbirgt sich die rauhe Wirklichkeit der wachsenden Verelendung der Massen, ein Prozeß, der zeitweilig noch durch den Umfang der Subsistenzwirtschaft verschleiert werden mag, in die die meisten Afrikaner noch einbezogen sind, um die Auswirkungen der niedrigen Löhne, der Arbeitslosigkeit und der niedrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse abzumildern. Regime dieser Art mögen demagogisch versuchen, ihren neokolonialen Charakter durch gewisse Varianten des 'Afrikanischen Sozialismus' ¹⁾ zu maskieren (wie Senghor im Senegal, oder zum Schluß Mboya in Kenia). Oder sie mögen mit Geschrei den imperialistischen Wünschen nachkommen (wie Houphouët-Boigny in der Elfenbeinküste, Banda in Malawi). Oder sie mögen ablenkend taktieren, entweder indem sie reale Probleme in einer opportunistischen Weise aufgreifen (Mobutus 'Authentizitäts'-Kampagne in Zaire, Bokassas barbarische Verbrecherjagd in der Zentralafrikanischen Republik, Amins rassistischer Angriff auf die asiatische Kleinbourgeoisie) oder indem sie objektiv fortschrittliche Kräfte im Innern (antikommunistische Hexenjagd im Sudan) oder Äußerer zum Sündenbock stempeln. Trotz all dem ist der reaktionäre und gegen das Volk gerichtete Charakter dieser Regime und die allgemeine Entwicklungstendenz ihrer Länder auf den Spuren des Kapitalismus offensichtlich.

Die sozialistisch orientierten Staaten

Diese sind gerade durch das Gegenteil von dem charakterisiert, was die oben genannten Staaten ausmacht. Sie kämpfen gegen das Auslandskapital und seinen ökonomischen und politischen Einfluß und gegen das Anwachsen einheimischer ausbeutender Klassen. Ihre Regime haben revolutionär-demokratischen Charakter, manchmal proklamieren sie den wissenschaftlichen Sozialismus als ihr Ziel (wie die Kongolesische Partei der Arbeit und der Oberste Revolutionsrat der Republik Somalia), manchmal einen Sozialismus, der eine Mischung aus wissenschaftlichen und utopischen Vorstellungen ist (wie Tanzania und Guinae). Während sie bis jetzt noch nicht fähig sind, sich vollkommen von dem Zwang freizumachen, ihre Grunderzeugnisse auf dem kapitalistischen Weltmarkt zu verkaufen und öffentliche oder private Investitionen von den entwickelten kapitalistischen Ländern zu erhalten (neben der wesentlichen Hilfe, die sie von den sozialistischen Ländern bekommen), nehmen sie dennoch einen beständigen antiimperialisti-

schen, antirassistischen Standpunkt ein, auch um den Preis ökonomischer und anderer Vergeltungsmaßnahmen der Imperialisten, die von ihren früheren Kolonien ein unterwürfigeres Verhalten erwarten. Es sind noch keine sozialistischen Staaten, doch trotz aller Schwierigkeiten und der Unregelmäßigkeiten ihres Fortschritts haben sie die Richtung ihres Weges fest mit dem roten Stern verbunden, der schon über einem Drittel der Menschheit leuchtet.

Andere progressive Staaten

Zwischen diesen oben diskutierten gegensätzlichen Staaten liegt eine Gruppe von Ländern, deren Haltung schwerer zu entschlüsseln ist. Während es für unser gegenwärtiges Anliegen legitim und sogar nützlich sein mag, sie der einen oder anderen Kategorie zuzurechnen, ist es ansonsten meist weitaus wichtiger, die verschiedenen Tendenzen innerhalb dieser Gruppe zu analysieren, was natürlich eine konkrete Untersuchung der Prozesse der Klassenformierung und Klassenkonflikte erfordert. Im Moment jedoch können wir sie in zwei Gruppen untergliedern:

1) Länder, die einige antiimperialistische Maßnahmen ergreifen, besonders solche, die darauf gerichtet sind, ihre wichtigsten nationalen Reichtümer unter eigene Kontrolle zu bekommen (wie Libyen hinsichtlich seines Öls, Sambia hinsichtlich seines Kupfers), von denen aber nicht gesagt werden kann, daß sie von

BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,00 DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung.

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

revolutionär-demokratischen Regime regiert werden. Einige haben den Sozialismus nicht als ihr Ziel proklamiert. Letztlich können sich solche Länder, wie der vorige Artikel zeigte, nur in Richtung auf den Sozialismus oder den Kapitalismus bewegen, aber welche Richtung ihre Entwicklung nimmt, kann jetzt noch nicht exakt bestimmt werden. Das Verhältnis der nationalen und internationalen Kräfte, die diese grundlegende Frage in dieser oder jener Weise lösen wird, ist oft so komplex, daß Vorhersagen zwecklos sind, aber kein Marxist sollte den Fehler machen, diese Länder mit jenen zusammenzuwerfen, die eindeutig kapitalistisch orientiert sind. Ein eher zu verstehender Fehler - aber nach meiner Ansicht trotzdem ein Fehler - wäre, sie unkritisch den sozialistisch orientierten Staaten zuzuordnen. Hier ist genau der Punkt, wo man die Notwendigkeit der weiteren Verfeinerung des Konzepts des Staates der nationalen Demokratie erkennen kann, insofern als dieses Konzept beide Gruppen, die ich als sozialistisch orientierte und fortschrittliche Staaten bezeichnet habe, umfaßt. Oder, um es anders auszudrücken, die Staaten beider Art zeigen in unterschiedlichen Graden einige der Attribute eines Staates der nationalen Demokratie. Aber sie müssen unterschieden werden. Und die Sache wird noch komplizierter, wenn man einen anderen Typ eines fortschrittlichen Staates betrachtet:

2) Der Staat, der zwar den nicht-kapitalistischen Entwicklungsweg betreten hat, indem er antiimperialistische und antifeudale Maßnahmen durchführte, der jetzt aber auf dem eingeschlagenen Weg stehengeblieben ist, ohne jedoch so weit zu gehen, ihn zu verlassen, um in das Schlepptau des Neokolonialismus zu kommen und sich dem Imperialismus zu unterwerfen. Ein Staat dieses Typs ist die Arabische Republik Ägypten; einige mögen dafür plädieren, Guinea auch eher hier als unter die sozialistisch orientierten Staaten einzuordnen. Es ist weniger wichtig, spezifische Fälle zu erörtern, als diesen möglichen Entwicklungsweg zu erkennen, eine Realität, die wieder einmal zeigt, wie das Leben reicher ist als die Theorie, denn folgerichtig müßte solch ein Stillstand auf einem revolutionären Kurs entweder zugunsten verstärkter Revolutionierung oder durch einen reaktionären Umschwung in Richtung Kapitalismus aufgebrochen werden. Die Logik ist natürlich korrekt, aber ungenügend für ein Verständnis der Realität. Ein Kennzeichen für diese theoretisch zeitweilige (obwohl in der Praxis verzögerbare) Entwicklungstendenz ist die, innerhalb eines revolutionär-demokratischen Regimes an die Macht kommende Klein-

und Mittelbourgeoisie, die mit dem Staatsapparat eng verbunden ist und deren weitere bourgeoise Entwicklung von der Monopolisierung der politischen Macht abhängt.

Unterscheidungskriterien

Bevor wir zu den Problemen des nichtkapitalistischen Weges übergehen, sollten wir die Methode der vorangegangenen Analyse untersuchen. Es erweist sich sofort, daß das Erkennen der verschiedenen möglichen Entwicklungsmuster einen Überblick über das jeweilige Land voraussetzt.

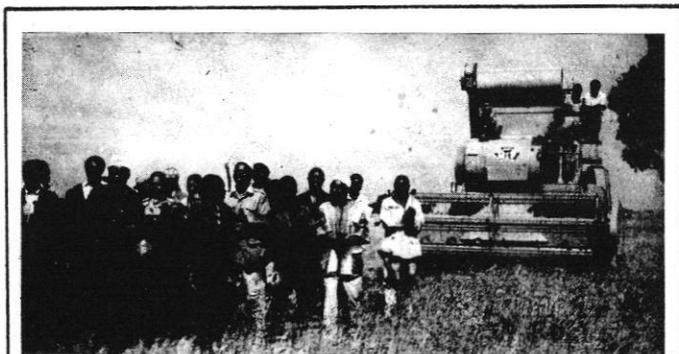
Wohin sich ein Land entwickelt, kann nicht allein aus den Parolen seiner Führer abgeleitet werden, aus ihrer Klassenzugehörigkeit, aus den sozial-ökonomischen Maßnahmen, die sie ergreifen, aus den Beziehungen des Landes zur imperialistischen und zur sozialistischen Welt, oder aus irgendeinem einzelnen Aspekt ihres Daseins. Mehr noch, wir haben es hier nicht mit verschiedenen sozio-ökonomischen Formationen zu tun, sondern mit verschiedenen Tendenzen innerhalb der nationalen Befreiungsbewegung, die in ihrem jetzigen Stadium einen tieferen sozialen und antikapitalistischen Charakter annimmt.

Es ist klar, daß eine Analyse der Entwicklung afrikanischer Länder die Kenntnis der leninschen Konzeption der nichtkapitalistischen Entwicklung voraussetzt, die die Bedingungen für den Übergang zum Sozialismus hervorbringt. Die wissenschaftliche Analyse nichtkapitalistischer Entwicklung und ihrer möglichen Ergebnisse unterscheidet den heutigen Marxismus-Leninismus von einerseits dem chaotischen Wirrwarr der Konzepte bürgerlicher Soziologie, als da sind: Modernisierung, Entwicklungstheorie, Struktur-Funktionalismus und Systemanalyse, und andererseits von den alles-oder-nichts Übereinfachungen des kleinbürgerlichen Radikalismus (Fanon, Samir Amin, Arrighi, Saul etc.)

Im Gegensatz zur einseitigen Auswahl von 'Schlüssel'elementen und der daraus resultierenden Vernachlässigung bestimmter Faktoren ist ein Überblick, eine Analyse der Triebkräfte, der Ideologie, der Regierungspolitik, ökonomischen Entwicklung etc. unbedingt notwendig.

Zum Beispiel messen einige Radikale, wenn sie sich mit der Zukunft des tropischen Afrikas auseinandersetzen, den sozialistischen Absichten vieler seiner Führer keine Bedeutung bei - weil diese natürlich, indem sie für den Sozialismus Partei ergreifen, auf die Sehnsucht der Massen des Volkes reagieren und sie in gewisser Weise zum Ausdruck bringen.

Die Vernachlässigung der politischen Zielsetzung ist berechtigt aufgrund der Tatsache, daß ebenso zwei überzeugte Patrioten wie Nkrumah und Nyerere wie bürgerliche Intellektuelle wie Senghor den Sozialismus befürworteten, woraus man schließen kann, daß eine sozialistische Pose nicht die reaktionäre Spreu vom revolutionären Weizen unterscheidet und auch kein verlässlicher Führer zu den wahren Absichten der politischen Führer und Parteien ist. Der wissenschaftliche Ansatz bei der Untersuchung dieser Frage setzt bei den Grundzügen des utopischen Sozialismus und anderen Formen des nichtwissenschaftlichen Sozialismus an, unterscheidet dabei zwischen Variationen, die dem wissenschaftlichen Sozialismus näher kommen oder stärker von ihm abweichen und beachtet auch, wie sich die Konzepte der Parteien und Führer durch Erfahrung entwickeln. Der Ansatz macht Regierungserklärungen und programmatische Zielsetzungen sowie die jeweilige Ideologie zu einem wichtigen Element jeder Einschätzung des Kurses, den ein spezielles Regime steuert, macht sie aber nicht zum einzigen Element. Den Unterschied zwischen einem Senghor und einem Sekou Touré zu sehen, ist nur der erste Schritt zu einer umfassenden Analyse der generellen Orientierung ihrer Regime; den Unterschied überhaupt nicht zu sehen, ist eine Blindheit, die glücklicherweise nicht allzu verbreitet ist.



Dorfgemeinschaft in Tansania

Auch ist es wichtig zu sehen, daß Gesellschaften, die sich in der nichtkapitalistischen Entwicklung befinden, keine besondere sozio-ökonomische Formation repräsentieren, wie etwa Kapitalismus, Feudalismus, "die asiatische Produktionsweise" oder Kommunismus. Im Gegenteil: Sie sind gekennzeichnet durch das nebeneinander Bestehen verschiedener Formationen und verschiedener Entwicklungsstufen innerhalb dieser historischen Formationen. In den meisten tropischen afri-

kanischen Ländern findet man gleichzeitig Elemente der Naturalwirtschaft, des Feudalismus, einfache Warenproduktion und Maschinenindustrie - gewöhnlich im Anfangsstadium, wobei die beiden letzteren das Anfangs- bzw. das mittlere Stadium der kapitalistischen Entwicklung repräsentieren - und zusätzlich Elemente des Staatskapitalismus und sogar des Sozialismus (im staatlichen Sektor der Länder, die den nichtkapitalistischen Weg beschreiten). Außerdem weist ihr Überbau oft feudale Einflüsse und Institutionen auf, die ethnischen Bindungen sind überall noch stark. Die Richtung, in die sich solche Länder mit vielen Formationen bewegen, ist nur zum Teil durch spontane Entwicklungen in der ökonomischen Basis bestimmt; der vorrangige und entscheidende Faktor liegt im politischen Bereich: Wer hat die staatliche Macht und wie wird sie genutzt? Um dies zu illustrieren muß man sich nur erinnern, wie nach dem konterrevolutionären Coup gegen Nkrumah Ghanas staatlicher Sektor zugunsten von Privatunternehmen zerstückelt wurde, wie sich ausländisches und einheimisches Kapital vor Profitgier und Ausbeutung überschlugen und wie die gesamte sozio-ökonomische Orientierung des Landes in Richtung Kapitalismus umgedreht wurde.

Das Primat des politischen Faktors bei der Bestimmung, ob ein Land den nichtkapitalistischen Weg nimmt oder ihn aufgibt, unterstreicht unter speziellen Bedingungen die allgemeine Wahrheit, die Lenin wiederholt eindringlich genannt hat, nämlich, daß die grundlegende Frage einer jeden Revolution die Frage ist, wer die Macht im Staate hat. Aber bevor wir einige Probleme der Entstehung und Konsolidierung revolutionär-demokratischer Regime anreißen, müssen einige vorhergehende Fragen nach den Triebkräften nichtkapitalistischer Veränderungen gestellt werden. Bis zu welchem Maße ist die Bourgeoisie und speziell ihre reicheren Teile fähig, nichtkapitalistische Trends heute im tropischen Afrika zu unterstützen? Diese einfache Frage bringt einige der am heißesten umstrittenen Diskussionsthemen hervor, und die Schwierigkeit, hier Klarheit zu schaffen, ist noch verstärkt durch den schwammigen Gebrauch der Begriffe. Wir wollen beginnen, indem wir die verschiedenen Elemente der afrikanischen Bourgeoisie unterscheiden:

1) Die nationale Bourgeoisie, die wir als einen Teil der einheimischen Bourgeoisie definieren können, die sich für die unabhängige ökonomische und politische Entwicklung des Landes einsetzt, ist daran interessiert, den einheimischen Markt aus-

zuweiten und nationale Produktivkräfte zu schaffen und zu entwickeln, und sie ringt um Unabhängigkeit gegenüber dem Imperialismus sowohl im Land selbst als auch auf internationaler Ebene. Das Schlüsselement in dieser Definition ist das Streben der nationalen Bourgeoisie nach Unabhängigkeit. Wir werden noch darauf zurückkommen, aber zuerst müssen die Besonderheiten der nationalen Bourgeoisie im tropischen Afrika erwähnt werden. Wie allgemein in Entwicklungsländern ist die nationale Bourgeoisie klein und schwach im Verhältnis zum internationalen Monopolkapital.

Darüberhinaus bewegt sie sich mehr in der Distributionssphäre als in der Produktionssphäre. Das heißt: Handels- und Leihkapital herrschen vor; Industriekapital (wo es überhaupt existiert) ist hauptsächlich Monopol- und Finanzkapital in ausländischer Hand. In

dieser Hinsicht unterscheidet sich die heutige afrikanische Bourgeoisie erheblich von der klassischen Bourgeoisie in Westeuropa, deren revolutionärer Charakter gegenüber dem Feudalismus Marx oft betonte. Aber dieser Unterschied darf nicht soweit überbetont werden, daß man der afrikanischen Bourgeoisie jegliches Interesse und jegliche Möglichkeit abspricht, die Produktivkräfte zu entwickeln oder in der Handelssphäre sogar in Konkurrenz gegen die machtvollen Riesengesellschaften des Westens zu wachsen. Außerdem können wir feststellen, daß die nationale Bourgeoisie in Westafrika besser als in Zentral- oder Ostafrika entwickelt ist, und daß in Ostafrika das Handelskapital sich gewöhnlich in der Hand von Asiaten befindet.

(Fortsetzung im nächsten AIB)

CHILE

Der chilenische Staatspräsident, Salvador A l l e n d e G o s s e n s, unternahm in der Zeit vom 1. bis zum 14. Dezember 1972 eine Reise durch verschiedene Länder Amerikas, Afrikas und Europas, in deren Verlauf er am 4. Dezember den Vereinten Nationen in New York einen Besuch abstattete.

Er benutzte diese Gelegenheit, um in einer Rede vor der Vollversammlung (s. unten) die Hintergründe für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten seines Landes darzulegen und verschiedene multinationale Unternehmen der Wirtschaftsaggression gegen sein Land anzuklagen. Er warnte vor der überwältigenden und durch kein Parlament kontrollierten Macht solcher Unternehmen und wies darauf hin, daß die Schwierigkeiten Chiles, die vor allem auf die nach Verstaatlichung des Kupferbergbaus von den amerikanischen Gesellschaften angewandten Praktiken zurückzuführen seien, nicht als isoliertes Problem gesehen werden dürften, sondern Ausdruck einer Realität seien, die die ganze Dritte Welt erfasse.

Salvador Allende

Rede vor den Vereinten Nationen

(...) Wir haben unsere Ressourcen verstaatlicht. Wir haben das Kupfer verstaatlicht. Wir haben das durch eine einstimmige Entscheidung im Parlament erreicht, in dem die Regierungsparteien in der Minderheit sind. Wir möchten, daß jeder dies klar sieht: Wir haben die großen ausländischen Kupfergesellschaften nicht konfisziert. Wir haben allerdings in Übereinstimmung mit dem Verfassungsrecht eine seit langem bestehende Ungerechtigkeit korrigiert, indem wir von dem Entschädigungsbetrag den Teil der von diesen Unternehmen seit 1955 erzielten Gewinne abzogen, der über 12 vH im Jahr lag. Die Gewinne, die einige der verstaatlichten Gesellschaften in den vergangenen 15 Jahren erzielt hatten, waren so ungeheuer, daß bei Anwendung der vertretbaren Profitgrenze von jährlich 12 vH die Gesellschaften noch beträchtliche Abzüge von der Entschädigung hinnehmen mußten.

Dies war z. B. der Fall bei einem Zweigbetrieb der Anaconda Gesellschaft, dessen jährliche Gewinne in Chile zwischen 1955 und 1970 im Durchschnitt 21,5 vH vom Buchwert betragen, während die Anaconda-Gewinne in anderen Ländern nur 3,6 vH pro Jahr betragen. Den gleichen Fall beobachteten wir bei einer Tochtergesellschaft der Kennecott Copper Corporation, die in demselben Zeitraum einen durchschnittlichen Jahresgewinn von 52,8 vH in Chile erzielte und sogar so unglaubliche Zahlen wie 106 vH im Jahre 1967, 113 vH im Jahre 1968 und mehr als 205 vH im Jahre 1969 erreichte. Die durchschnittlichen Profite der Kennecott lagen in anderen Ländern während dieses Zeitraums bei weniger als 10 vH jährlich. In anderen Fällen bedeutete indessen die Anwendung der im Einklang mit der Verfassung aufgestellten Regeln, daß bei anderen ausländischen Kupfergesellschaften Abzüge

wegen exzessiver Gewinne nicht vorgenommen wurden, da die vertretbare Grenze von 12 vH pro Jahr nicht überschritten worden war.

Es soll betont werden, daß die großen Kupfergesellschaften in den Jahren unmittelbar vor der Verstaatlichung mit der Durchführung von Expansionsplänen begannen. Diese Pläne jedoch - die meistenteils erfolglos waren - wurden trotz deren riesiger Profite nicht aus eigenen Mitteln finanziert, sondern durch auswärtige Kredite. Gemäß der im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen mußte Chile die Verantwortung für diese Schulden übernehmen, die sich auf die gewaltige Summe von über 727 Millionen Dollar belaufen. Wir haben mit der Begleichung dieser Schulden begonnen, darunter auch eine Verpflichtung, die eines dieser Unternehmen mit Kennecott, seiner eigenen Muttergesellschaft in den Vereinigten Staaten, eingegangen war.

Diese selben Unternehmen bauten viele Jahre lang chilenisches Kupfer ab und erwirtschafteten allein in den letzten 42 Jahren über 4000 Millionen Dollar als Gewinn, obwohl ihre ursprünglichen Investitionen nicht mehr als 30 Millionen Dollar betragen hatten. Lassen Sie mich als eindrucksvollen Kontrast dazu an einem einfachen und schmerzlichen Beispiel zeigen, was das für Chile bedeutet. In meinem Land leben 600 000 Kinder, die das Leben nie auf normale menschliche Art werden genießen können, weil sie während ihrer ersten acht Lebensmonate nicht das erforderliche Mindestmaß an Proteinen erhielten. Viertausend Millionen Dollar würden Chile völlig verwandeln. Ein Bruchteil dieser Summe würde gewährleisten, daß alle Kinder meines Landes für alle Zeiten Proteine erhielten.

Bei der Verstaatlichung des Kupferbergbaus wurde nicht nur die Gesetzgebung des eigenen Landes peinlich genau beachtet, sondern ebenso die Normen des Völkerrechts, das selbstverständlich nicht einfach dazu da ist, den Interessen der großen kapitalistischen Unternehmen zu dienen. (...)

Versteckte Aggression

Von dem Tag unseres Wahlsieges am 4. September 1970 an haben wir die Auswirkungen eines breit angelegten äußeren Drucks auf unser Land gespürt; durch diesen Druck versuchte man, die Einsetzung einer frei vom Volke gewählten Regierung zu verhindern, und hat den Versuch, sie zu stürzen, bisher immer noch nicht aufgegeben. Durch dieses Vorgehen versuchte man, uns von der übrigen Welt abzuschneiden, unsere Wirtschaft zu unterdrücken und den Handel mit unserem Hauptausfuhrartikel, dem Kupfer, zu lähmen sowie uns den Zu-

gang zu den Quellen der internationalen Finanzierung zu versperren.

Wenn wir die gegen uns aufgerichtete Finanz- und Wirtschaftsblockade anprangern, so sind wir uns bewußt, daß es für die Öffentlichkeit in der Welt und sogar für manche unserer Landsleute etwas schwierig ist, den Sinn unserer Worte zu erfassen. Diese Aggression geschieht nicht offen und ist der Welt nicht offen angekündigt worden; es handelt sich dabei im Gegenteil um eine versteckte, hinterlistige, indirekte Form der Aggression, obwohl dieser Umstand sie für Chile nicht weniger schädlich macht. Wir müssen uns mit Kräften auseinandersetzen, die im Zwielflicht operieren, die mit mächtigen Waffen kämpfen, aber ihre Flagge nicht zeigen und sich in den verschiedensten Einflüßzentren verschanzt haben. Es besteht kein Embargo gegen Handelsbeziehungen mit uns. Niemand hat seine Absicht verkündet, uns Auge in Auge zu bekämpfen. Oberflächlich gesehen könnte man meinen, daß die einzigen Feinde, die wir haben, unsere natürlichen politischen Gegner in unserem Heimatland sind. Das stimmt jedoch nicht. Wir sind Opfer von praktisch nicht wahrnehmbaren Aktivitäten, die sich für gewöhnlich mit Worten und Erklärungen bemänteln, in denen sie die Souveränität und Würde meines Landes preisen. In unserem Innern wissen wir jedoch, wie wenig diese Worte mit den spezifischen Aktivitäten zu tun haben, die wir vor Augen haben. Ich spreche nicht von Sachverhalten ohne Hand und Fuß; ich beziehe mich auf spezifische Probleme, die mein Volk heute belasten und die in den nächsten Monaten noch schwerwiegendere wirtschaftliche Auswirkungen haben werden.

Wie die meisten Entwicklungsländer der Dritten Welt ist Chile in bezug auf seine Außenwirtschaft hochgradig empfindlich. Seine Exporte haben einen Wert von etwas mehr als 1000 Millionen Dollar im Jahr; jedoch hat der Sturz des Kupferpreises auf dem Weltmarkt während der vergangenen zwölf Monate für mein Land einen Einkommensverlust von über 200 Millionen Dollar zur Folge gehabt, während die Erzeugnisse, die eingeführt werden müssen - industrielle wie landwirtschaftliche Produkte - stark im Preis gestiegen sind, in manchen Fällen sogar bis zu 60 vH. Auf diese Weise ist Chile wie fast immer schon gezwungen, billig zu verkaufen und teuer einzukaufen.

Überdies muß Chile gerade jetzt, da wir es ohnehin mit unserer Zahlungsbilanz so schwer haben, u. a. mit den folgenden abgestimmten Aktionen fertig werden, die allem Anschein nach den Zweck haben, an dem chile-

nischen Volk wegen seiner Entscheidung für die Verstaatlichung des Kupfers Rache zu nehmen.

Finanzieller Würgegriff

Bis meine Regierung ihr Amt übernahm, flossen nach Chile jährlich Nettobeträge von etwa 80 Millionen Dollar in Form von Darlehen hinein, die von internationalen Finanzorganisationen wie der Weltbank und der Interamerikanischen Entwicklungsbank gewährt wurden. Diese Finanzierungsquelle ist nun abrupt versiegt.

In den letzten zehn Jahren wurden Chile Darlehen im Werte von 50 Millionen Dollar von dem Amt für internationale Entwicklung der Regierung der Vereinigten Staaten zur Verfügung gestellt. Wir erwarten nicht, daß diese Darlehen weiter gewährt werden. Den Vereinigten Staaten steht es als souveränem Land frei, jedem Land seiner Wahl Darlehen zu gewähren oder zu versagen. Wir möchten nur darauf hinweisen, daß die drastische Beschneidung dieser Kredite zu starken Restriktionen in unserer Zahlungsbilanz geführt hat.

Als ich Präsident wurde, waren meinem Land von Privatbanken in den Vereinigten Staaten Kurzzeitkredite von etwa 220 Millionen Dollar eingeräumt worden. Innerhalb kurzer Zeit wurden uns jedoch 190 Millionen Dollar dieses Gesamtkredits gekündigt, und wir mußten diese Summe bezahlen, da der Kredit nicht von neuem gewährt wurde.

Wie die meisten lateinamerikanischen Länder ist auch Chile aus technologischen und anderen Gründen gezwungen, wesentliche Mengen von Investitionsgütern aus den Vereinigten Staaten zu beziehen. Jetzt aber sind uns sowohl die Lieferkredite wie auch die normalerweise von der Export-Import-Bank bei derartigen Geschäften gewährten Kredite gestrichen worden, so daß wir uns in der anomalen Lage befinden, für den Erhalt dieser Waren im voraus bezahlen zu müssen. Dies setzt unsere Zahlungsbilanz einem außerordentlich starkem Druck aus.

Auszahlungen unter Darlehensbedingungen, die mit amerikanischen Behörden der öffentlichen Hand vereinbart waren und die bereits praktiziert wurden, bevor meine Regierung an die Macht kam, sind gleichfalls eingestellt worden. Folglich mußten wir, um die betreffenden Projekte weiterführen zu können - bei denen wir fest darauf vertraut hatten, daß die Finanzierung von amerikanischen Regierungsstellen geleistet würde -, Güter in bar auf dem amerikanischen Markt einkaufen, da man unmöglich die Einkaufsquelle solcher Güter wechseln kann, wenn sich die Projekte

mitten in der Durchführung befinden.

Als Ergebnis der in den Ländern Westeuropas gegen den Kupferhandel gerichteten Maßnahmen wurden unsere kurzfristigen Geschäfte mit Privatbanken in diesem Raum, bei denen es sich hauptsächlich um das Einziehen von Zahlungen für Kupferverkäufe handelte, sehr schwerwiegend behindert. So wurden Kredite von über 20 Millionen Dollar nicht verlängert, Finanzverhandlungen über eine Summe von mehr als 200 Millionen Dollar, die kurz vor einem günstigen Abschluß standen, wurden abgebrochen und dadurch ein Klima geschaffen, das die normale Abwicklung unserer Käufe in Westeuropa behindert und ein verzerrtes Bild von unseren Aktivitäten auf dem Gebiet der Außenfinanzierung gibt.

Dieser finanzielle Würgegriff, der aufgrund der Struktur der chilenischen Wirtschaft unmittelbar und heftig spürbar wurde, hat dazu geführt, daß wir ernste Schwierigkeiten haben, die Beschaffung der von uns benötigten Ausrüstung, Ersatzteile, Artikel für die Herstellerindustrie, Nahrungsmittel und Medikamente zu gewährleisten. Jeder einzelne Chilene leidet unter den Folgen dieser Maßnahmen, weil sie das Alltagsleben jedes Bürgers und natürlich auch sein innenpolitisches Dasein berühren.

Zwei Beispiele imperialistischer Anmaßung

Was ich dieser Versammlung soeben geschildert habe, kommt einer Perversion des Grundcharakters von internationalen Organisationen gleich, denn es ist gesetzlich und moralisch unannehmbar, sie in den Dienst der Politik einzelner Mitgliedstaaten zu stellen, ganz gleich wie mächtig diese Staaten sein mögen. Die Ausübung von Druck auf ein wirtschaftlich schwaches Land, die Bestrafung einer ganzen Nation wegen ihres Entschlusses, die wichtigsten natürlichen Hilfsquellen wiederzugewinnen, ist ein solcher Mißbrauch und eine vorsätzliche Form der Intervention in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates. Kurz gesagt, es handelt sich um das, was wir imperialistische Anmaßung nennen. Wie den Mitgliedern wohl bewußt ist - sie dürften es kaum vergessen - sind derartige Handlungen in den Resolutionen der Vereinten Nationen wiederholt verurteilt worden.

Wir haben nicht nur eine finanzielle Blockade durchzustehen, sondern sind auch das Opfer regelrechter Aggression. Zwei Gesellschaften, die zum harten Kern der großen überstaatlichen Unternehmen gehören, und zwar die Internationale Telefon- und Telegrafenge-

sellschaft und die Kennecott Copper Corporation, die ihre Fühler weit in mein Land ausgestreckt hatten, hatten sich vorgenommen, unser politisches Leben zu lenken.

ITT

Die ITT, eine gigantische Gesellschaft, die über mehr Kapital verfügt als die Staatshaushalte mehrerer lateinamerikanischer Länder zusammen und die sogar die Haushalte mancher industrialisierter Länder übertrifft, setzte einen finsternen Plan in Aktion, um mich an der Übernahme meines Präsidentenamtes zu hindern, sobald der Triumph des Volkes in den Wahlen vom September 1970 bekanntgeworden war. Von September bis November kam es in dem Jahr in meinem Land zur Terroristenaktionen, die außerhalb unserer Grenzen in geheimem Einverständnis mit inländischen Faschistengruppen geplant worden waren. Diese Aktivitäten gipfelten in der Ermordung des Oberbefehlshabers der Armee, General René Schneider Chereau, der ein gerechter Mensch, ein großer Soldat und ein Symbol der Verfassungstreue der chilenischen Streitkräfte war. Im März 1972 kamen Unterlagen an die Öffentlichkeit, die die Verbindung zwischen diesen dunklen Machenschaften und der ITT aufdeckten. Die ITT hat zugegeben, daß sie im Jahre 1970 der Regierung der Vereinigten Staaten sogar vorgeschlagen habe, in die politische Entwicklung in Chile einzugreifen. Die Dokumente sind authentisch, und niemand hat gewagt, das zu bestreiten.

Im Juli entsetzte sich die Welt über die Einzelheiten eines neuen Aktionsplans, den die ITT selbst der amerikanischen Regierung vorgelegt hatte, eines Planes mit dem Ziel, meine Regierung innerhalb von sechs Monaten zu stürzen. In meiner Aktenmappe habe ich das Dokument, das vom Oktober 1971 datiert ist und in dem die 18 Punkte dieses Planes enthalten sind. Seine Ziele waren u. a. Drosselung der Wirtschaft, diplomatische Sabotage, Verbreitung von Panik in der Bevölkerung und Förderung sozialer Unruhen, so daß, wie man sich erhoffte, die Regierung die Kontrolle über die Lage verlieren würde und die Streitkräfte sich veranlaßt sehen würden, das demokratische System zu durchbrechen und eine Diktatur einzusetzen.

In dem gleichen Augenblick, als die ITT an die Verwirklichung dieses Plans ging, führten die Vertreter der Gesellschaft scheinbare Verhandlungen mit meiner Regierung über den Verkauf des der ITT gehörenden Anteils der chilenischen Telefongesellschaft an den chilenischen Staat. Schon in den ersten Tagen meiner Regierungszeit hatten wir aus Gründen der na-

tionalen Sicherheit Gespräche eingeleitet, um diese von der ITT kontrollierte Telefongesellschaft zu erwerben. Ich habe selbst zweimal mit leitenden Angestellten des Unternehmens gesprochen. Meine Regierung handelte bei diesen Unterredungen im guten Glauben, die ITT lehnte es jedoch ab, einen Preis zu akzeptieren, der aufgrund einer von internationalen Fachleuten gemachten Schätzung festgelegt worden war. Sie erschwerte eine schnelle und faire Lösung, während sie heimlich versuchte, Chile in eine chaotische Situation zu stürzen. Wegen der Weigerung der ITT, eine direkte Vereinbarung anzunehmen, sowie wegen des Wissens um ihre hinterlistigen Manöver sahen wir uns gezwungen, dem Kongreß einen Gesetzentwurf zur Verstaatlichung vorzulegen.

Die Entscheidung des chilenischen Volkes, das demokratische System und die Fortentwicklung der Volksrevolution zu verteidigen, und auch die Treue der Streitkräfte gegenüber ihrem Land und seinen Gesetzen vereitelten die finsternen Pläne der ITT. Vor dem Gewissen der Welt klage ich die ITT des Versuches an, einen Bürgerkrieg in meinem Lande zu inszenieren. In einer solchen Situation ist die Gefahr der Disintegration für ein Land am größten. Diesen Tatbestand nennen wir imperialistische Intervention.

Kennecott Copper Corporation

Chile ist heute aber noch von einer anderen Gefahr bedroht, deren Beseitigung nicht nur vom Willen der Nation abhängt, sondern auch von einer breiten Skala äußerer Umstände. Ich spreche von den von der Kennecott Copper Corporation unternommenen Schritten. Die chilenische Verfassung sieht vor, daß Streitigkeiten über Verstaatlichungen von einem Gericht geschlichtet werden, das, wie alle Gerichte in meinem Land, in seinen Entscheidungen vollkommen unabhängig und souverän ist. Die Kennecott Copper Corporation war mit dieser Rechtsprechung einverstanden und vertrat ihren Fall ein Jahr lang vor dem Gericht. Als die Berufungsverhandlung jedoch abgewiesen wurde, beschloß die Gesellschaft, ihren großen Einfluß dazu zu benutzen, uns um unsere Einnahmen aus dem Kupferexport zu bringen und die chilenische Regierung unter Druck zu setzen. Im vergangenen September ging sie sogar so weit, den Gerichtshöfen in Frankreich, den Niederlanden und Schweden nahe-zulegen, diese Exporte mit einem Embargo zu belegen. Zweifellos wird sie das auch in anderen Ländern versuchen. Die Gründe für eine solche Aktion kann man in keinem Fall akzeptieren, ganz gleich von welchem gesetzlichen oder moralischen Standpunkt aus man sie betrachtet.

Kennecott möchte, daß die Gerichte anderer Staaten, die nichts mit den Problemen oder Angelegenheiten zwischen dem chilenischen Staat und der Kennecott Copper Corporation zu tun haben, eine souveräne Handlung meiner Regierung für ungültig erklären, die kraft der höchsten Vollmacht ausgeführt wurde, und zwar der Vollmacht, die durch die Verfassung des Landes verliehen und von dem einmütigen Willen des chilenischen Volkes unterstützt wird. Ein solcher Anspruch steht im Gegensatz zu den Grundprinzipien des Völkerrechts, nach denen die natürlichen Res-

ourcen eines Landes - besonders, wenn sie für das Land lebensnotwendig sind - ihm gehören und ohne Einschränkung von ihm genutzt werden können. (...)

(Quelle: Europa-Archiv, Folge 4/1973)

(vgl. auch: AIB Nr. 5/1972, Nr. 6/1972 - Geheimdokumente der ITT (1 und 2) - , Nr. 2/1973 - Chile/BRD -, Nr. 4/1973 - Sieg der Unidad Popular)

(Zwischenüberschriften: AIB)

KURZINFORMATION

Guinea-Bissau

Wenn die Portugiesen geglaubt hatten, mit der Ermordung des PAIGC-Generalsekretärs, Amilcar Cabral, den Befreiungskampf lähmen zu können, wurden sie rasch eines Besseren belehrt. Kaum war über Funk die erschütternde Nachricht an die Front und die befreiten Gebiete gelangt, als die PAIGC-Einheiten dem Feind mit harten Schlägen antworteten.

Im Militärkreis Mores z.B., südlich der Flüsse Rio Cacheu und Rio Farim, eröffneten schon am Abend des 21. Januar - 24 Stunden nach dem Überfall - PAIGC-Artilleristen ein fast einstündiges schweres Feuer auf die Garnison Mansaba, in der sich mitten im befreiten Gebiet 180 Soldaten mit ihren Offizieren verschanzt hatten. An der Südfront wurden zwischen dem 21. und 29. Januar 1973 vier größere Operationen durchgeführt. Es gelang dabei, auf dem Rio Geba ein Panzermotorboot zu versenken und am Abend des 29. Januar auf dem linken Flußufer die Garnison Chim mit so heftigem Beschuß einzudecken, daß der Wald noch Stunden später im Widerschein des Feuers stand.

General Antonio Spínola aber lud sich eilends erbötige Journalisten verschiedener kapitalistischer Länder nach Bissau, um für seine erfolglosen 40 000 bis an die Zähne bewaffneten Soldaten Stimmung zu machen. Man zeigte den Gästen fabrizierte Lagekarten, ließ sie an Bord schwerbestückter Panzerkanonenboote auf den Flüssen einige Kilometer landeinwärts fahren, und setzte sie in Flugzeuge, von denen aus sie das Abwerfen von Verpflegung für eine eingeschlossene Garnison beobachten konnten. Darüber erschienen später Fernsehberichte. Und auch die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" druckte am 24. April 1973 einen derartigen Rapport, um den Eindruck zu erwecken, in Guinea-Bissau sei die "Lage normal" und Portugal überall im Vormarsch.

Daß dies nackte Lüge ist, läßt sich leicht be-

weisen. Nehmen wir z.B. nur die Zeit zwischen dem 24. März und dem 24. April 1973: In dieser Periode verstärkten Kampfes schossen die PAIGC-Einheiten an allen Fronten 15 Feindflugzeuge ab. Dabei kam auch der berüchtigte Einsatzchef der portugiesischen Luftwaffe, Oberstleutnant Almeida e Brito, mit seinem Stab ums Leben, ein besonders brutaler Kolonialoffizier, der für zahlreiche Mordaktionen in Angola und Guinea-Bissau die Verantwortung trug.

Es ergibt sich insgesamt ein Bild von vier Wochen kühnen Kampfes einer Befreiungsbewegung, die im Verlauf von gut 10 Jahren drei Viertel des 36 000 km² großen Territoriums von Guinea-Bissau befreien und ein völlig neues Leben dort einrichten konnte - allerdings außerhalb der befestigten Städte und Garnisonen, von denen aus der Feind noch operieren kann. Doch obwohl er seit Jahren massive Waffenhilfe seiner NATO-Partner erhält, kann er den Befreiungskampf nicht aufhalten.

(ND, 17.5.1973)

Chile

Die Provokationen der chilenischen Reaktion nehmen immer offenere und gefährlichere Formen an. Beim Versuch, die werktätigen Massen in Widerspruch zur Regierung zu bringen, scheut sie keine illegalen Mittel: sie trachtet danach, die Produktion in den staatlichen Betrieben zu boykottieren und das Transportwesen zu desorganisieren; sie spekuliert mit dem Hunger, hortet Lebensmittel und andere für die Versorgung des Volkes notwendige Güter; sie putscht Bewohner von Wohnsiedlungen zu regierungsfeindlichen Aktionen auf; bewaffnete Banden zerstören Mittelschulen, überfallen fortschrittliche Lehrer, Gewerkschaftsfunktionäre und Siedlungsbewohner. Eine der Gegenmaßnahmen der Regierung ist das Verbot der faschistischen Organisation "Patria y Libertad" (Vaterland und Freiheit), deren Mitglieder schwarze Uniform und das Hakenkreuz

tragen. Diese Organisation, der öffentliche Provokationen, Attentate gegen Bürger und Überfälle auf öffentliche Gebäude nachgewiesen werden konnte, war mit aus Argentinien geschmuggelten Waffen ausgerüstet worden.

In einer Erklärung stellten die Parteien der Unidad Popular fest: "Das Vaterland ist in Gefahr: Es wird versucht, Chile in einen Bürgerkrieg zu stürzen!" Die UP erklärte weiterhin, daß sie nicht nur alle ihr zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen werde, um die Absichten der Reaktion zu durchkreuzen - sondern sich gegen den Bürgerkrieg zu stellen bedeutet auch, das ganze Volk gegen die faschistischen und reaktionären Provokationen zu mobilisieren und die Erfüllung des Programmes der Volkseinheit zu vertiefen.

Für die Realisierung des UP-Programmes, die Versorgung der Bevölkerung, die Organisation der Produktion (und damit natürlich auch für die Bekämpfung der Wirtschaftssabotage und -boykotte) ist der Beschluß des Wirtschaftskomitees der Regierung von besonderer Bedeutung, der vorsieht, ab 1974 die chilenische Wirtschaft nach einem nationalen Plan zu organisieren, der verbindlich für alle staatlichen und gemischten Betriebe sein wird und als Orientierung für die Privatindustrie gelten soll.

(SZ vom 22.5.1973, ND vom 10., 15., 20. und 24.5.1973)

Argentinien

Am 25. Mai d.J. trat Héctor Cámpora, der Präsidentschaftskandidat der FREJULI (Justizialistische Befreiungsfront), sein Amt als Staats- und Regierungschef Argentiniens an.

Mit der Mehrheitsentscheidung für die peronistische Bewegung FREJULI - sie gewann 20 der 22 Gouverneursposten, 44 der 69 Senatsitze und 146 der 243 Abgeordnetenmandate - brachten in dieser ersten Wahl nach den Jahren der Militärdiktatur die Wähler vor allem ihre Ablehnung der Politik der Militärs sowie ihr Verlangen nach grundlegenden sozialen Veränderungen zum Ausdruck. (Zum widersprüchlichen Charakter des Peronismus vergleiche AIB 4/1973 u. 5/1972)

Zugleich stellt das Wahlergebnis einen deutlichen Linksruck dar. Das zeigt sich einmal daran, daß die Revolutionäre Volksfront (APR), eine Vereinigung der Linken, mit Unterstützung der immer noch verbotenen Kommunistischen Partei Argentiniens 14 Abgeordnetensitze gewinnen konnten. Zum anderen mußten die Peronisten überall dort, wo Vertreter ihres militanten rechten Flügels kandidierten, Niederlagen hinnehmen, so z.B. in der Provinz

Santiago del Estero und in der Bundeshauptstadt Buenos Aires.

Bis zum 25. Mai bestand die Gefahr, daß reaktionäre Kräfte innerhalb des Militärs die Übernahme der Regierung durch den Zivilisten und Peronisten Cámpora verhinderten.

Die Ermordung des früheren argentinischen Generalstabschefs, Konteradmiral Hermes Quijada, durch die trotzkistische Guerillaorganisation ERP förderte diese Stimmung innerhalb des Militärs und bot den Anlaß, den Ausnahmezustand über Buenos Aires und vier weitere Provinzen zu verhängen.

Durch Zugeständnisse seitens der peronistischen Führung konnte zwar die unmittelbar drohende Gefahr eines direkten Eingriffs des Militärs verhindert werden, aber die Gefahr eines Militärputsches bleibt weiterhin bestehen. Große Teile der militärischen Führungsspitze stellen kategorische Forderungen an die neue zivile Regierung: Eindämmung der sozialen Unruhen, hartes Vorgehen gegen die Guerillagruppen und Zurückdrängung sozialistischer Vorstellungen auch innerhalb der peronistischen Bewegung.

Die Bevölkerung zeigte, daß sie auf die Erfüllung der Wahlversprechen drängt und in Bezug auf ihre Forderungen nicht bereit ist, Zugeständnisse an das Militär aufgrund taktischen Regierungskalküls zu akzeptieren: Anlässlich der Amtseinführung Cámporas drohten Demonstranten das Gefängnis von Villa Devoto zu stürmen, so daß Cámpora zu der (vor den Wahlen versprochenen) Begnadigung der in diesem Gefängnis inhaftierten 188 politischen Gefangenen gezwungen wurde.

RSA

In Südafrika mehren sich Stimmen, die angesichts der zunehmenden Guerilla-Tätigkeit südlich des Sambesi eine vorbeugende Abwehr und Vergeltung nach israelischem Vorbild fordern.

In einem Interview der Johannesburger Zeitung "Sunday Express" verlangt der frühere Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, General Melville, mit Hilfe privaten Kapitals Freiwilligenverbände für Terrorgegnaktionen in Sambia und Tansania aufzustellen. Es sei an der Zeit, mit gleicher Münze heimzuzahlen. Genau wie Sambia vorgebe, angeblich nichts von den Mordanschlägen der sogenannten Freiheitskämpfer zu wissen, könne es die südafrikanische Regierung halten, meinte der ehemalige Verteidigungschef.

Auch der südafrikanische Innenminister Connie Mulder warnte am Wochenende, Südafrika würde unbarmerzig zurückschlagen, falls es jemand wagen sollte, das Land anzugreifen.

(FR, 28.5.1973)